
Weltwirtschaftskrise und Politikwechsel

Rainer Bartel

1. Wann, wenn nicht jetzt?

Auf einer wirtschaftspolitischen Diskussionsveranstaltung eröffnete ein ÖVP-Landtagsabgeordneter und Unternehmer seine Stellungnahme mit den Worten: „Ich gratuliere allen, die diese Krise vorausgesagt haben.“ Sein ironischer Unterton kommunizierte die landläufige Meinung, im Nachhinein seien halt alle gescheiter; niemand hätte also die Krise erwartet oder erwarten können. Wir meinen, hierbei handelt es sich um zwei zu unterscheidende, entscheidende Aspekte. Zum einen hieße es tatsächlich, die Prognosemöglichkeiten und -techniken zu verkennen, meinte man mit dem Voraussagen die Angabe eines Datums oder Zeitraums, für den der Eintritt einer bestimmten Krisensituation zutreffend vorhergesagt werden sollte. So meint Olivier Blanchard in seinem Einführungslehrbuch: „Die Finanzmarktgurus, die immer wieder große, in den nächsten paar Monaten bevorstehende Bewegungen im Aktienmarkt voraussagen, sind Scharlatane. Größere Bewegungen in den Aktienpreisen können nicht prognostiziert werden.“¹

Zum anderen gibt es längst Modelle, die die Möglichkeit einer krisenhaften Entwicklung bestimmten Ausmaßes und die Bedingungskonstellation für ihr Entstehen erklären und in diesem Sinn – verallgemeinert – vorhersagen. Durch Beobachtung der für eine Krise relevanten Variablen in deren Praxisentwicklung kann – ohne der Scharlatanerie bezichtigt werden zu können – vor dem wahrscheinlichen Eintreten einer Krise gewarnt werden. Nicht zuletzt mag Paul Krugman 2008 den Ökonomie-Nobelpreis für seine jahrelangen Krisenwarnungen zuerkannt bekommen haben. Der Schlüssel für das Vorbereitetsein auf eine Krise und deren effektive Bekämpfung und bestmögliche Prävention (oder eben auch nicht) liegt letztlich im Modelldenken der WissenschaftlerInnen und in der Verinnerlichung dieser Denkart durch Politik und Bevölkerung. Ein (negatives) Beispiel wäre der Gedanke der Krisenbekämpfung durch Sparsamkeit, die „neue Bescheidenheit“ aus Angst vor Hyperinflation, Staatsschulden oder -bankrott.

Etwa drei Jahrzehnte lang wurden Modellansätze, die eben nicht von der Selbststabilisierungsidee der Märkte (vertreten vom neoklassischen

und neuen klassischen Hauptstrom) ausgingen, in der ökonomischen Profession missachtet oder diskreditiert. Selbst als Gregory Mankiw 1992 schrieb, keynesianische Ansätze könnten an den Unis wieder ernsthaft und unbelächelt diskutiert werden, meinte er nicht die post-keynesianischen Modelle mit ihrer deutlichen Krisengeneigtheit und -dynamik. Vielmehr handelt es sich dabei um neoklassische Analysen, die in der Methodik der Neoklassik Krisenzustände allein mit Preisstarrheiten begründen und daher eher zur „neoklassischen Synthese“ von Neoklassik und (mechanistischem) Keynesianismus („Bastard-Keynesianismus“) zu zählen sind.

In post-keynesianischer Manier entwickelte Hyman Philip Minsky bereits 1975 eine bis vor Kurzem im Vergleich zu ihrer potenziellen Bedeutung relativ wenig beachtete Theorie, die *Financial Instability Hypothesis*. Er zeigte mit strukturanalytischem Blick auf die nach Risiken unterschiedenen Techniken des Finanzmarkthandels auf, dass sich eine Zusammensetzung an Finanztiteln durchsetzen kann, die zu dynamischen Marktentwicklungen Anstoß geben kann, die ihrerseits zum Zusammenbruch des Geldmarktes (*meltdown*) mit Verlust seiner Finanzierungsfunktion führen kann, wie schon in der Weltwirtschaftskrise ab 1929.² Das Fatale an der üblichen weitestgehenden Negierung von Modellen mit instabilen Gleichgewichten, also potenziell explodierenden Ungleichgewichten, ist Folgendes:

Erstens wurde die sich im Aufbau der Krise verschärfende Situation zumindest von Finanzmarkt-Insidern und der informierten Politik zwar erkannt, aber auf Grund der „Prägung“ durch den *Mainstream* musste man vermeintlich nicht und wollte man lange, allzu lange Zeit nicht an Krisenentfaltung und Depression glauben. So war man von der Krise überrascht und in der Reaktion zu langsam und zu zaghaft.³

Zweitens setzt man darin fort, die mit effizienten Märkten verbundenen Harmonievorstellungen in den Gleichgewichtsmodellen zu normieren. Man schreibt dadurch die Verantwortung für das Versagen nicht dem System, sondern einzelnen, verwerflichen Agenten zu. Kurt Matzler „spricht nicht von einer Wirtschaftskrise, sondern von einer Managementkrise“.⁴ Dabei sollte gerade der *Mainstream* wissen, was er den in seinen eigenen Modellen verwendeten „repräsentativen Agenten“ zuzutrauen hat, handelt es sich doch um den *Homo oeconomicus*, den Perfektionisten der individuellen Nutzenmaximierung, zumindest um einen, der, wenn er zur Optimierung nicht fähig ist, immerhin bestmöglich danach strebt (*bounded rationality*). Es gibt also Systemschwächen, wo die Funktionsdefizite gerade auf jenem Eigennutzstreben beruhen, das sonst für das gesamtwirtschaftliche Produktivitätsmaximum (für Pareto-Optimalität) verantwortlich gehalten und gelobt wird. Ja aber, wird dem wohl entgegnet, die Märkte der Realität sind doch (noch) nicht perfekt, wir müssten weiter daran arbeiten. Doch dieser Verteidigungseinwand übersieht die Theorie

des Zweitbesten und somit den Umstand, dass die so genannte Erstbestlösung unerreichbar und womöglich gar unerwünscht ist (was wäre eine Welt vollkommener Information und homogener Güter?). Jeder weitere Schritt in Richtung der Erstbestlösung muss allerdings keine Verbesserung darstellen.⁵ Ist also die Realität entscheidend durch Zusammenhänge gekennzeichnet, die in unseren analytischen Abbildern von der Realität nicht den Ausschlag geben (und umgekehrt)? Werden wir also auch nach der „Weltwirtschaftskrise II“ (der zweiten nach dem Schwarzen Freitag, dem 25. 10. 1929) bei unserem Wirtschaftsbild bleiben? Vor allem würde damit die Individualisierung der Verantwortung und Schuldzuweisung für Krisenlagen im Vordergrund belassen, auf deren Basis vom „Faktor Arbeit“ die maximale, wenn auch realitätsferne und letztlich selbst ökonomisch zu hinterfragende Flexibilität in jeder Hinsicht gefordert wird. Das hätte restriktive Konsequenzen für die Stabilisierungs- wie für die Sozialpolitik u. a.

Drittens reden mehr und mehr VertreterInnen von Wissenschaft und Politik davon, dass der Abschwung heuer noch zu Ende gehen könnte. Es ist dabei nicht leicht zu unterscheiden, wie viel Zweckoptimismus bzw. wie viel Marktzutruen darin steckt. Freilich ist es legitim zu versuchen, das weitere und wahrscheinlich beschleunigte Abrutschen der wirtschaftlichen Erwartungen und Realität durch Versprühen von Optimismus möglichst zu vermeiden. Andererseits leistet dies sowohl einem verfrühten Abgehen vom stabilisierungspolitischen Kurs (etwa noch bevor sich der Impulseeffekt voll entfaltet hat) als auch einem Verbleiben beim Status quo des Wirtschaftssystems Vorschub. Das Vertrauen in die *great moderation*, die großartige Besänftigung der Konjunkturschwankungen, wäre trügerisch bestärkt und setzte Signale in just jene wirtschaftspolitische Richtung, die sich von der Krise überraschen ließ. Wiederum würde die langfristige Sicht auf die Dinge dominant bleiben, weil die Konjunkturschwächen oder -krisen ohnedies „nur“ kurz wären. Man könnte also nach wie vor fast ausschließlich am langfristigen Wachstum Interesse finden, sich einseitig der angebotsorientierten Wirtschaftslehre hingeben, ohne dass dieses mit kurz- bis mittelfristiger Stabilisierungsnotwendigkeit in Verbindung gebracht würde (sondern mit Stabilitätspolitik in Form von prioritärer Inflationsbekämpfung und Budgeteinschränkung).

Wir haben also eine Krise, die es gar nicht gibt oder geben dürfte, die nicht vorstellbar gewesen ist, die gar nicht so schlimm sein wird und die nicht zu vermeiden gewesen wäre? Ein Wirrwarr. Dennoch sieht man kaum Veranlassung zu Klarstellungen und ggf. wesentlichen Politikänderungen; das Thema wird trotz seiner Tragweite eher gescheut als engagiert analysiert und diskutiert. Mitunter erhält man den Eindruck, Wissenschaft und Politik lavierten eher um die Problematik herum, statt sie zum Thema Nummer eins zu machen. Wir meinen, diese Thematik ist längst

überfällig, brennt akut, ist auch langfristig entscheidend, und ihre Debatte ist gerade jetzt so nötig wie günstig. Wann, wenn nicht jetzt, sollen wir wieder offen und ernsthaft über Alternativen nachdenken (eine Grundaufgabe der ÖkonomInnen)?

Konservative und Reaktionäre des *Mainstream* haben längst begonnen, ihre Positionen – zur Bewahrung von Ungleichheit in jeder Form – wieder zu stärken und sie gegen alternatives Denken zu immunisieren. Der Status quo scheint entschlossen, Beharrlichkeit zeigen.⁶ Immerhin geht es um dreißig Jahre Wissenschaft und Politik. Waren sie, was ihren Praxisnutzen betrifft, weitgehend umsonst oder gar schädlich, oder sind sie das Bollwerk ökonomischer Rationalität und harter Realität gegen jeden Ansturm von Populismus, Utopismus oder Revanchismus? Dieser Beitrag ist nicht ausgewogen, sondern bezieht Stellung, um wieder mehr Anderes als das lang Gewohnte zu bieten und bewusst Angriffsfläche zu bieten. Wir liefern Argumente und wollen offen sein für Disput – nach beiden Seiten: einerseits zu RadikalreformerInnen mit ihrem Ziel der Erhaltung des Neoliberalismus als „Hegemon“, andererseits zu den „ReduktionistInnen“ mit ihrem Bestreben der Rückführung des modernen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems auf eine frühere Stufe, auf Basisorganisation (*back to the grassroots*). Der konstruktive Austausch von unterschiedlichen Denkweisen und Wissensinhalten, Erfahrungen und Meinungen im klassischen Dialog wird seit Langem zu wenig gepflegt, um den Reichtum der Vielfalt im Wesentlichen ausnützen zu können. Durch Akzeptanz und Austausch können wir unsere Meinung bestätigen oder revidieren, selbst wenn manche meinen, Neoklassik wäre zu gefährlich, um gelehrt zu werden.⁷

Viel zu lang herrschte eine Monokultur vor: der *Mainstream* in Wissenschaft und Politik. 1993 beschrieb Hans-Werner Holub die Problematik des Prinzips „*publish or perish*“ in der ökonomischen Wissenschaft:

„Zwar sind die Publikationen in wissenschaftlichen Zeitschriften immer noch eine der wichtigsten Informationsquellen über den Stand der Forschung, doch wird diese klassische Informationsfunktion der Literatur immer mehr von ihrer Funktion als Selektionsfilter für wissenschaftliche Karrieren überlagert. Unter dem Regime des Publish or Perish ist die Tatsache, dass man publiziert, wieviel man publiziert und vor allem, wo man publiziert, wesentlich wichtiger geworden als das, was man publiziert. Dieser hier zunächst behauptete Funktionswandel der wissenschaftlichen Literatur muss nun aber unvermeidlich zu einem Konflikt zwischen den Wissenschaftlern als Produzenten und als Konsumenten wissenschaftlicher Literatur führen. Während ein Wissenschaftler als Autor versuchen muss, die Zahl der von ihm geschriebenen Aufsätze in den wissenschaftlichen Zeitschriften (überspitzt formuliert nahezu ungeachtet ihres Inhalts) zu maximieren, hat er als Leser ein entgegengesetztes Interesse. Hier legt er Wert darauf, dass zu den einzelnen Fachgebieten nur eine überschaubare Zahl von Aufsätzen erscheint, die dafür aber lesenswert sind, d. h. möglichst viele verwertbare Informationen über das Gebiet enthalten.“⁸

In Anlehnung an Jonas Ridderstrale und Kjell Nordström verwenden wir den Begriff „Karaoke-Kapitalismus“ (das Imitationsverhalten von Unternehmen in komplexen Lagen) auch für den Umstand, dass sich die neoliberale Wirtschaftspolitik in Ronald Reagans USA, Margaret Thatchers Großbritannien und Helmut Kohls Deutschland durch Imitation – mangels eigenen Zutrauens und vermeintlicher Sachzwänge sowie mittels des wirtschaftswissenschaftlichen *Mainstream* und der Finanz- und Wirtschaftslobbys – über die Welt verbreitete.⁹ Schlagwort war: „Es gibt keine Alternative.“ Gefolgert wurde daraus: Wir müssen also das Gleiche machen wie die VorreiterInnen (was immer sie auch tun).¹⁰ Es ist dem Neoliberalismus weitgehend gelungen, das Denkschema der Menschen dem Marktdenken unterzuordnen und den Individuen jeweils die Hauptverantwortung für ihr wirtschaftliches und soziales Reüssieren anzulasten – selbst wenn im Grund Chancengerechtigkeit nicht gewährleistet ist und gesamtwirtschaftliche Probleme nicht individuell lösbar sind. „Es gibt wenig Veranlassung, wenn überhaupt, für staatliches Eingreifen. Im Gegenteil, das einzige Risiko größerer Krisen rührt heute und in Zukunft vom staatlichen Eingriff her.“¹¹

Diese Haltung kritisieren George Akerlof und Robert Shiller in ihrem jüngsten Buch über das Verkennen der realwirtschaftlichen Instabilität, die auf Grund der *animal spirits*, der wechselhaften Stimmungen des Menschen, entsteht.¹² Trotz der allgemeinen mentalen und speziell der politischen (Selbst-)Unterwerfung unter die Aktivitäten auf den Märkten und die Ergebnisse der Märkte sind der Akzeptanz von Ungerechtigkeit und Leid sowie subjektivistischer, intentioneller Forschung und Lehre aus historischer Erfahrung Grenzen gesetzt, die im Gefolge schwerer Krisen einmal früher, einmal später überschritten werden.¹³ Das Paradigma der Überlegenheit freier Märkte wird seit der Weltwirtschaftskrise im 20. Jahrhundert erstmals wieder substantziell herausgefordert. Bisherige Kompromisse (Neoklassische und Neue Neoklassische Synthese) genügen offenbar nicht mehr, die akute Krise überzeugend zu erklären und bestmöglichen Rat für ihre Bekämpfung zu geben. Vielleicht sind es die von vielen NachfahrInnen von Keynes (vielleicht aus opportunistischen Gründen) missachteten Elemente der Keynes'schen Theorie (Psychologie, essenzielle Unsicherheit und Erwartungsinstabilität), die den Erklärungs- und Beratungsnotstand lindern oder beheben können.

„Unter den erstaunlichsten Erklärungen, die von einem Politiker in den letzten Jahren gemacht werden sollten, war diesen Herbst Alan Greenspans Eingeständnis, das Deregulierungsprogramm, das er als Vorsitzender der Federal Reserve überwachte, beruhte auf einem ‚Fehler‘: Er hätte die Fähigkeit eines freien Marktes zur Selbstkorrektur überschätzt und die selbstzerstörerische Kraft des deregulierten Hypothekarkreditwesens übersehen. ‚Das gesamte Gedankengebäude‘, sagte er, ‚brach letzten Sommer in sich zusammen‘. Im Gegensatz dazu hatte Keynes eine Wirtschaftswis-

senschaft gegründet, deren Ausgangspunkt es war, dass nicht alle künftigen Ereignisse auf ein berechenbares Risiko reduziert werden könnten. Es gäbe einen Rest an wahrer Unsicherheit, und das machte Katastrophen zu einer stets gegebenen Möglichkeit, nicht zu einem ‚Schock‘, der einmal im Leben vorkommt. Investition wäre mehr eine Glaubenssache denn eine exakte Berechnung von Wahrscheinlichkeiten. Und in diesem Umstand lag die Möglichkeit riesigen Systemfehlverhaltens.“¹⁴

Wir wollen selbstverständlich Offenheit für andere Auffassungen zeigen, aber zugleich feststellen, dass auf Grund der historischen Entwicklung in Ökonomie und Politik die Öffnung für andere Sichtweisen hauptsächlich eine Tugend des *Mainstream*, eine ethische wie wohlfahrtsökonomische und wohlfahrtspolitische Verpflichtung des „Hegemon“ sein muss, selbst wenn die individuelle Motivlage jeweils eher dagegen sprechen mag.¹⁵ Doch der darum nötige Anstoß zur Denk-, Einstellungs- und Verhaltensänderung, der die Wirtschaftswissenschaft – eine normative, politische Real- und Sozialwissenschaft – wieder zum Status der „Neutralität“ im Sinn John Kenneth Galbraiths¹⁶ hinführt, mag erfreulicher- bzw. unerfreulicherweise bald erfolgt sein: in Gestalt der Krise und der vielfältigen Betroffenheit durch sie. Folgt man der sozialwissenschaftlichen Glücksforschung, so ist Unglück sozial ansteckend; Arbeitslosigkeit beeinträchtigt das subjektive Wohlbefinden auch der Beschäftigten.¹⁷

Es wäre wichtig, dass die Ökonomie noch viel stärker ihre Invasionen in mehr oder weniger benachbarte Wissenschaftsdisziplinen (von der Politologie bis zur Biologie) zurücknimmt und sich – umgekehrt – viel mehr von den Denkweisen und Aspekten der Nachbardisziplinen inspirieren lässt, wie Bruno Frey schon 1993 forderte.¹⁸ Für die Ökonomie bestehen die nötigen und hilfreichen Einsichten zuvorderst in den folgenden dreien:

Erstens sind Marktbeziehungen nicht machtfrei, selbst wenn man darauf setzen mag, durch bloße Liberalisierung den Wettbewerb zu fördern (was zumindest fraglich ist) und darauf zu bauen, dass die liberalisierten Marktbeziehungen das Machtproblem lösen. Einen Einblick darin gibt uns etwa Galbraith, der aus eben diesem Grund die Bezeichnung Marktwirtschaft für irreführend hält und unser Wirtschaftssystem eher als Management-Wirtschaft ansieht. Dennoch handelt es sich selbst in seinen Augen um keine Managementkrise, sondern um eine Krise des Systems, das strukturelle Informations-, Macht- und Anreizprobleme vorgeblich übersieht und somit asoziales Verhalten durch fehlende oder mangelnde Regulierung und Kontrolle ermöglicht.¹⁹ Die Politik macht sich hierbei passiv und aktiv zum Handlanger einer Umverteilung durch Macht im Wirtschaftsgeschehen und durch Lobbyismus gegenüber der Politik.

Zweitens sind nicht alle individuellen Verhaltensweisen und zwischenmenschlichen Interaktionen ökonomisch rational, sondern entspringen auch menschlichen Bedürfnissen, die dem ständigen Optimierungskalkül

absolut vorgezogen werden. Das *homo oeconomicus*-Modell ist in diesem Licht aufrichtig zu hinterfragen und im Einzelfall zu überprüfen, ob es auf den jeweiligen Untersuchungsgegenstand am leistungsfähigsten von allen Analyseansätzen anzuwenden ist. Damit soll vermieden werden, dass Erklärungsmuster und Analyseergebnisse an den Grundgegebenheiten der Realität und dadurch an den Erfordernissen effizienter Problemlösung scheitern.

Drittens ist ein System grundsätzlich freier und bloß ordnungspolitisch geregelter Produktionen, Produkte, MarktakteurInnen und Marktbeziehungen keines, das in der Regel zu harmonischen Gesamtergebnissen führt. Zu komplex ist die Motiv- und (Macht-)Beziehungslage, als dass eine generelle Regelung mittels eines abstrakten Ordnungsrahmens à la Walter Euckens Ordoliberalismus²⁰ in den konkreten einzelnen, oft arteigenen Wirtschaftsbereichen überall zweckmäßig, effektiv und kostenwirtschaftlich den erwünschten gesamtwirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Zustand oder Entwicklungspfad realisieren würde. Das erkennt der Ordoliberalismus – eine weit moderatere Strömung als der Neoliberalismus Friedrich Hayeks oder Milton Friedmans – auch an. Einer mehrheitlich als fair oder zumindest akzeptabel empfundenen Rahmenordnung zur ungefähren Richtungsweisung der Entwicklung wird der Vorzug vor dem Anspruch gegeben, strikt ergebnisorientierte Politik zu machen.²¹ Bei jener steht nämlich der Endeffekt (*outcome*) im Vordergrund, der bei den Menschen ankommen soll, nicht bloß das Politikergebnis (*output*), das etwa in einer ineffektiven, aber „schlanken“ staatlichen Allgemeingesetzgebung bestehen mag. Auf solider Fundierung von und folglich Zutrauen zu wirtschaftspolitischer Problemlösung, auch und nicht zuletzt mittels aktivistischer Intervention in die Beziehungsgefüge der MarktteilnehmerInnen, kommt es ebenso an wie auf das Bemühen um eine volkswirtschaftlich rationale Politik.

Die gebotene volkswirtschaftliche Rationalität in der Denkweise und die volkswirtschaftliche Effizienz in der Umsetzung erfordern zum einen gesamthafte Betrachtungen des Wirtschaftssystems – weder Staat noch Volkswirtschaft funktionieren wie eine Firma²² – und zum anderen die Beachtung der Verteilungseffekte innerhalb der wirtschaftlichen Gesamtgrößen. Bislang herrschen im Hauptstrom die mikroökonomischen Aspekte, die auf die Gesamtwirtschaft umgelegt werden, ebenso vor wie die Fassung von Verteilungsgerechtigkeit allein als Leistungsgerechtigkeit auf effizienten Märkten unter chancengleichen individuellen Startvoraussetzungen im Wettbewerb um Karriere, Einkommen und soziale Stärke. Der Staat verzerre mit seinen Eingriffen nur die Optimalität von Ressourceneinsatz und Güterverteilung, jene Pareto-Effizienz, die perfekten Märkten innewohnt.

Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, dass umfassende und

kategorische Ansprüche auf alleinige Gültigkeit und Geltung der eigenen (Beobachtungs-)Werte und der eigenen Auffassungen des Weltzustands guten Problemlösungen, gerade bei den großen gegenwärtigen Schwierigkeiten, entgegenstehen. Insofern, und nur in dieser Hinsicht, ist die Krise eine Chance: auf „Einbettung des Marktes in die Gesellschaft“ statt „Entbettung des Marktes aus der Gesellschaft“, wie Karl Polanyi es sah.²³

Zur Harmonisierung des Wirtschaftlichen, Ökologischen und Sozialen bedarf es nach unserer Ansicht einer Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik als solidarische (kommunitaristische) Wirtschaftspolitik,²⁴ einer Rückbesinnung auf die Soziale Marktwirtschaft, auf Globalsteuerung, Lohnexpansion und engagierte, zumutbare Arbeitsmarktpolitik, wachstumsorientierte Geldpolitik und spezielle Regulierungspolitiken, Gemeinwirtschaft und Staatsverantwortlichkeit für soziale Daseinsvorsorge, Umverteilung von oben nach unten sowie wirtschafts- und sozialpartnerschaftlichen Interessenausgleich, zweckorientierte Budgetpolitik und volkswirtschaftliche Nutzen-Kosten-Erwägungen. Wir setzen also auf einen vielschichtigen Ansatz auf breiter Front. Es bedarf in unseren Augen keiner Gesamtänderung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Konzepts und Systems.

Alternativen zur wirtschaftlichen Koordination auf und zwischen den Märkten (für Güter, Arbeit, Finanzierung, Währung) zeigen unserer Auffassung erhebliche Nachteile an ökonomischer Effizienz: Dominanz von Tausch- statt Geldwirtschaft reduziert in der Regel Produktion, Beschäftigung und Einkommen; Zinsverbot bringt die Finanzmärkte nicht vom Spekulations- zum Finanzierungsschwerpunkt zurück, im Gegenteil; privat emittiertes Geld versetzt uns in die Zeit vor dem Zentralbanksystem, multipliziert die Komplexität des Währungssystems und erschwert geld- und währungspolitische Interventionen; zeitlich begrenztes Geld verunsichert und begeht denselben Fehler wie die Quantitätstheorie des Geldes, indem sie Ersparnis mit Geldhortung gleichsetzt und einer hohen Geldmenge an sich Negatives zuschreibt. Wiewohl solche Alternativen als örtlich und zeitlich begrenzte Ergänzungen des konventionellen Marktsystems geschätzt werden mögen, sollen solche alternativen Ansätze das entwickelte System nicht im Großen und Ganzen ersetzen.²⁵

Immerhin sind alle vertretenen Strömungen der Ökonomie angesichts der sozialwissenschaftlichen Erkenntnisproblematik zu nichts Geringerem aufgerufen, als folgende Frage ernsthaft zu bearbeiten: Ist die soziale Realität an das jeweilige idealtypische Gedankenkonstrukt anzupassen, selbst wenn es der Lebensart und dem Wohl des Menschen zuwiderlaufen sollte („Modell-Platonismus“)? D. h., sollen wir eher die Realität den generell-abstrakten Vorstellungen unseres Geistes angleichen (Deduktion) oder eher die Lösungen den speziell-konkreten Gegebenheiten der Realität anpassen (Induktion)?²⁶ Die Frage ist allerdings nie exakt zu beantworten. Es werden auf Grund der methodischen Problematik immer

Erkenntnislücken bleiben. Wenn es darum geht, die „weißen Flecken“ auf der ökonomischen „Landkarte“ zu füllen, vertreten wir die Auffassung, es sei legitim, transparente ideologische Werthaltungen in der Wirtschaftspolitik einzusetzen. Denn die politische Realisierung unterliegt dem demokratischen Entscheid. Dieser soll auf Basis von sachlicher und (notgedrungen) ideologischer Information getroffen werden und läuft letztlich auf Politiken des Liberalismus, Konservatismus (Reaktionismus), Sozialismus oder einer Mischform hinaus. Aktuell geht es darum, eine wirtschaftspolitische Richtungsentscheidung zu treffen.

2. Faktoren der Krise

2.1 Globalisierung, Verteilung und Umverteilung, Finanz- und Gütermarkt

Längst sind vor allem die Finanzmärkte, aber auch die Gütermärkte international derart integriert, dass Krisen kaum noch regional eingedämmt sind. Der beinahe allumfassende und massive realwirtschaftliche Einfluss des globalisierten Finanzsektors ist nicht (mehr) zu bestreiten. Welche Länder entwicklungsbedingt (noch) nicht ins internationale Finanzmarktssystem eingebunden sind, leiden unter den realwirtschaftlichen Auswirkungen der Finanzkrise auf ihren Außenhandel. Allein das macht die Krise allgegenwärtig.²⁷

Die Krise ist eine Verteilungs- und Umverteilungskrise. Die Verteilungspolarisierung war für ihr Entstehen mitverantwortlich, die mangelnde nivellierende Umverteilung konnte den Polarisierungstrend weder umkehren noch stoppen.

„(...) das Faktum, das wir in den Daten sehr klar sehen und das auch die arbeitenden Menschen in der sozialen Realität erfahren, (ist,) dass es in den letzten 25 Jahren eine dramatische Umverteilung von Einkommen zwischen Kapital und Arbeit gegeben hat. (...) Das Auseinanderklaffen der Einkommensverteilung wird aber in der Öffentlichkeit erstaunlich wenig und auch in der Wirtschaftswissenschaft kaum thematisiert.“²⁸

Der langfristige Rückgang des Lohn- und Gehaltsanteils zu Gunsten des Besitz- und Vermögensanteils erhöht die Ersparnis der Reichen zu Lasten des Konsums der Massen. Die privaten inländischen Ersparnisse münden aber nicht alle als Finanzierung in realwirtschaftliche Investitionen. In einigen Ländern wird diese Nachfrageschwäche durch Budgetdefizite und Außenhandelsüberschüsse kompensiert (wobei letztere die Außenhandelsdefizite anderer Staaten mit bedingen).²⁹ Dazu kommt, dass es in den USA meist Konsumkredite und rüstungsbedingte Budgetdefizite waren, die eine hohe Ausgabenneigung ergaben. Stärker kredit- und weniger einkommensabhängiger Konsum macht die Güternachfrage, Produktion

und Beschäftigung noch mehr vom Finanzmarkt abhängig. Zudem beanspruchen die langjährigen, riesigen US-Zahlungsbilanzdefizite den internationalen Finanzmarkt beträchtlich. Die Finanzpartnerländer der USA sprangen immerhin gern und wenig überlegt als Gläubiger ein. Obendrein huldigte Europa einer relativen geld- und fiskalpolitischen Zurückhaltung, während die USA in der neoliberalen Rhetorik führend waren, in der praktischen Politik jedoch sehr pragmatisch sind. Davon profitierte Europa in Form von Handelsbilanzüberschüssen gleichsam als Trittbrettfahrer. Gleichwohl ist EU-Europa eine ziemlich geschlossene Volkswirtschaft und würde damit relativ gute Gelegenheit zu gemeinsamer expansiver Fiskalpolitik ohne große Nachfrage- und Einkommensabflüsse in den Rest der Welt bieten.³⁰ Überdies wäre die Situation in einem Zusammenwirken mit den USA und deren stark expansiver Fiskalpolitik eine noch bessere Chance auf effektive Konjunkturpolitik. Die Chance wurde zunächst verpasst und wird auch nun noch nicht maximal genutzt.

Die Globalisierung der Märkte für Finanz- und Sachkapital bedeuten internationalisierte Veranlagungs- und Standortentscheidungen. Sie bedingen insofern eine Umverteilungsproblematik, als Kapital global wesentlich mobiler ist als Arbeitskräfte und von einem einzelnen Staat weniger wirksam besteuert werden kann. Das Steueraufkommen konzentriert sich deshalb auf den relativ immobilen und steuerausweichschwachen Faktor Arbeit und wirkt der Verteilungspolarisierung auf den Märkten volkswirtschaftlich nicht angemessen entgegen. Deshalb erlangt eine effektive Regulierung der Finanzmärkte dieselbe umverteilungspolitische Bedeutung wie internationale Koordinierung der Steuerpolitiken.³¹ Sogar innerhalb der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital gibt es eine sehr unterschiedliche Treffsicherheit und Wirksamkeit der Besteuerung, und zwar je nach wirtschaftlicher Potenz und lobbyistischem Einfluss. Die Konzentration von Einkommen und die damit verbundene Massierung von Ersparnis, die immer mehr spekulativ veranlagt wird, wirken eher destabilisierend auf den Finanzmarkt. Unter der Abhängigkeit vom Finanzmarkt leiden nicht zuletzt kapitaldeckungsfinanzierte Systeme der sozialen Sicherheit – „dank“ der strukturellen Reformen durch den Neoliberalismus.

2.2 Finanzmarktentwicklung und Regulierungsvakuen

Der zielstrebige neoliberale Reformeifer förderte auch das Vordringen des *Investment Banking* und die Ausbreitung spekulativer Praktiken und stark diversifizierter Produkte auf dem Finanzmarkt. Der Finanzsektor hob vom Realsektor immer mehr ab. Finanzielle Volumen und Renditen übertrugen zunehmend die realwirtschaftlichen Grundlagen (*fundamentals*) wie „Luftschlösser“ oder Blasen.³² Das moderne Wirtschaftsleben baute immer größere Erwartungen und Anspruchsniveaus auf, indem – sagen

wir mal – die „*animal spirits in high spirits*“ waren. Die AnbieterInnen auf dem Finanzmarkt schufen Erwartungen, die in Summe nicht einzulösen waren, und erzwangen förmlich Pyramidenspiele zur Schröpfung von Lailnnen und professionellen DilettantInnen („Ponzi-Konzepte“,³³ Insider-Handel, Bilanzverschleierungen): Die märchenhaften Erträge konnten nur zu Lasten der strukturell benachteiligten FinanzmarktteilnehmerInnen realisiert werden, weil die finanzierte reale Produktion keine den angestrebten Finanzerträgen entsprechenden Gewinne erwirtschaften konnte.³⁴

Im Lauf der Jahrzehnte gingen die in der Weltwirtschaftskrise des 20. Jahrhunderts gesammelten Erfahrungen betreffend die Ratsamkeit finanzieller Regulierung den meisten aus dem Sinn. Es gibt eben keine Daten für die Kalkulation der Eintrittswahrscheinlichkeiten großer Krisen. Die unzureichende bis fehlende Regulierung der Finanzmärkte erlaubte den Banken die nahezu bedingungslose Verfolgung überhöhter, kurzfristiger Vermögensgewinne, ohne dass in den meisten Bereichen eine auch nur annähernd angemessene Risikokontrolle und -beschränkung erfolgt wäre, weder durch Staat oder Ratingagenturen, noch durch Aufsichtsrat oder AktionärInnen. Die „Herrschaft des Management“ wurde abgesichert und noch dazu durch Gehalts- und Prämienanreize in Richtung Zügellosigkeit bei Risiken und immer wiederkehrenden Krisen und Ergebniseinbrüchen verzerrt.³⁵ Die Einführung der Bewertung (*rating*) durch renommierte Agenturen bewirkte, dass mehr Firmen mehr Schulden eingingen (um ihre Aktiven aller Art zu steigern), dass es sich hauptsächlich um bis dahin undurchleuchtete Firmen und schlechtere SchuldnerInnen handelte und dass damit auch zusätzliche, aber weniger informierte GläubigerInnen auf den Markt kamen.³⁶ Darüber hinaus gründeten Finanzinstitute so genannte Zweckgesellschaften (*Special Purpose Vehicles* – SPV oder *Special Purpose Entities* – SPE, berühmt-berüchtigt seit dem Enron-Skandal). Mit denen konnten sie außerhalb ihrer Bilanzen und der Kontrollsysteme hoch riskante Spekulationen quasi im Verborgenen unternehmen. Ohne wirksame Regulierung waren der Blasenbildung Tür und Tor geöffnet, vor allem in einem sehr dynamischen, komplexen, streckenweise irrationalen, hoch spekulativen und wenig durchsichtigen Markt. Doch dies wurde lange Zeit unterschätzt und als unvermeidlich, quasi natürlich und letztlich doch harmlos angesehen.³⁷

Die Finanzmarktentwicklung ging quantitativ rasant und qualitativ essenziell vor sich: Zwischen 2000 und 2007 verdoppelte sich der Bestand von Verbindlichkeiten, zumal diese als marktfähig und liquide angesehen wurden (was sich in vielen Fällen im Nachhinein als illusorisch herausstellte); ohne Kapitaldeckungserfordernisse wurden hoch riskante und kaum liquide Papiere vom Bankensystem gehalten; Finanzkonglomerate durften ungehindert wachsen und somit in der Einschätzung ihres jeweiligen Gesamtrisikos immer rätselhafter werden; Risikobeurteilungen gingen an

Knackpunkten der Problematik vorbei; das Verhältnis von Forderungen zu Eigenkapital wurde in Investmentbanken und Hedge-Fonds durch haltloses Hebeln (*Leveraging*) auf bis zu 3000 Prozent und darüber aufgebläht. Die Transaktionen auf dem US-Finanzmarkt waren in den USA schon Mitte der 1990er-Jahre hundertmal so groß wie die Finanzierung der realen Investitionen, dreimal so groß wie noch dreißig Jahre zuvor.³⁸

Das Missverhältnis zwischen Finanzvermögen und Finanzierungseinsatz setzt voraus, dass die Finanzmärkte vielfältig und undurchschaubar, flatterhaft und unsicher sind. Die zunächst im Hinblick auf Risikostreuung viel gepriesenen „strukturierten“, aus verschiedenen Aktiva zusammengesetzten Wertpapiere (vor allem *Asset-Backed Securities* – ABS und *Collateralized Debt Obligations* – CDO) haben letztlich den Nachteil, dass sie mit ihrer geringen Durchsichtigkeit das Risiko verwischen. Daher ist auch die Strategie der Unterscheidung von Risikoklassen nicht aufgegangen (Dean Bakers Terminus „*cowboy financing*“). Die komplexe Konstruktionen von strukturierten Finanzaktiva verwischten die Konturen der unterschiedlichen Risikoklassen und verzerrten die Entscheidungen der weniger Informierten und Waghalsigeren in Richtung höheren Risikos und mithin höherer sozialer Kosten. Wenn solche handelbaren verbrieften Kredite (*Securitized Assets*), die tendenziell die traditionellen Bankkredite in Form einer direkten, verantwortungsvollen Kreditbeziehung ersetzen, durch Fremdfinanzierung erworben und größtenteils von Banken gehalten werden, um den Hebeleffekt (*leverage effect*) maximal auszunützen, wird dieser potenzielle Vorteil durch die Senkung der Standards zur Kreditvergabe zunichte.³⁹

Beispielsweise sind *Credit-default Swaps* ein beliebtes Finanzderivativ, das sich von einem Kreditvertrag ableitet. Der Käufer verpflichtet sich zu regelmäßigen Zahlungen und berechtigt sich dadurch zum Empfang eines Betrags für den Fall, dass der gegenständlich vergebene Kredit platzt. Doch der Verkäufer unterliegt keinerlei Regulierung, so dass dessen Zahlungsfähigkeit im einschlägigen Fall äußerst unsicher und dieser Versicherungsgeber (Kreditgarant) de facto ebenso ein Glücksspieler sein kann, wie der Versicherungsnehmer (Kreditnehmer) ein Hasardeur sein kann, der ein „moralisches Wagnis“ eingeht. Noch dazu werden vier Fünftel der Derivate und vielleicht sogar über die Hälfte aller Papiere nicht auf einem börsenartigen, relativ transparenten Markt verkauft, sondern nach bilateralen Verhandlungen „über den Ladentisch“ (*over the counter* – OTC), besser gesagt „im Hinterzimmer“.

All das sollte die Notwendigkeit innovativer Finanzinstrumente deutlich relativieren. Finanzderivate (größtenteils eigentlich Wetten auf Kursentwicklungen irgendwelcher Vermögenswerte) haben weit überwiegend nichts mehr mit der Finanzierung von Leistungstransaktionen zu tun, sondern besitzen Glücksspielcharakter. Sie dienen den Finanzinstitu-

ten dazu, Vermögensgewinne auch auf „Bärenmärkten“ (bei sinkenden Kursen) zu erzielen, wenn sie zutreffend auf die fallenden Kurse setzen. Destabilisierende Spekulation besteht überwiegend in solchen, großteils kreditfinanzierten Veranlagungen in glücksspielartige oder undurchsichtige Finanzderivate, in rasanter Telekommunikation, freien Märkten und unüberblickbaren und spurenarmen globalen Beziehungsgeflechten, genannt *New Financial Architecture* (NFA). Die NFA beraubt das System zunehmend der (bildlich gesprochen) Stabilitätshäfen und -anker. So nehmen international etwa auch die Abhängigkeit zwischen den Renditen der Aktienmärkte tendenziell und die Interdependenz zwischen den Flatterhaftigkeiten dieser Märkte schubweise zu.⁴⁰

Europa hat bei Derivaten den US-Vorsprung sehr schnell aufgeholt: Der Umsatz an Finanzderivaten war 1986 noch halb so groß wie das BIP gewesen, 2005 bereits 38-mal höher. Im Zentrum des Derivat Handels, an der Frankfurter Derivatbörse EUREX (seit 1997, von der Wiener ÖTOB nur anfangs überflügelt), wachsen die Derivatumsätze mit ca. 30 Prozent pro Jahr und waren 2005 schon 40-mal höher als das deutsche BIP. Es wird dagegegenghalten, dass ein hohes Marktvolumen per se noch kein Problem darstellt. Doch es kommt volkswirtschaftlich entscheidend auf das Verhältnis des Finanztransaktionsvolumens zur realwirtschaftlichen Wertschöpfung an, die von den Finanztransaktionen finanziert wird, sowie auf die Finanzproduktbeschaffenheiten, die Marktpraktiken und deren dynamische Eigenschaften. Gerade die Derivatmärkte sind sowohl problematisch als auch so gut wie unregelt.⁴¹

Typisch konventionelle Geschäftsbanken sehen ihre volkswirtschaftlich relevante Mission primär im Kreditgeschäft für ihre unternehmerischen KundInnen und sind so an nachhaltig dynamischen Unternehmensentwicklungen und expansiven Wirtschaftspolitiken interessiert. Währenddessen leben Vermögenshandelshäuser (Investmentbanken) von Informationsasymmetrien und Instabilitäten, befürworten eher restriktive Wirtschaftspolitiken, interessieren sich nicht für finanzielle wie unternehmerische Problemlösungen für nichtfinanzielle Unternehmen, sondern flüchten bei solchen Problemen aus den entsprechenden Finanztiteln, zuletzt vor allem aus verbrieften Hypothekarkrediten (*Securitized Mortgages*).

„Die Entwicklung der Finanzmärkte war vom Aufstieg institutioneller Investoren (Versicherungen, Investmentfonds, Pensionsfonds), d. h. von einer Transformation der Eigentumsverhältnisse begleitet. Obgleich die institutionellen Investoren an industriellen Unternehmen in der Regel nur Minderheitsbeteiligungen hielten, konnten sie ihr Interesse an der Steigerung des Shareholder Value, also der Aktionärsrendite, viel besser zur Geltung bringen als einzelne Kleinaktionäre. (...) Aus der Perspektive der Kapitalanleger, die keine Bindung an ein bestimmtes Unternehmen haben, sondern viele Kapitalanlagen im Hinblick auf ihre Rendite miteinander vergleichen,

reicht es nicht aus, dass ein Unternehmen überhaupt profitabel ist – es kommt vielmehr auf eine überdurchschnittliche Kapitalrendite an. Um die Eigenkapitalrendite zu erhöhen, neigen die Unternehmen zu einer höheren Verschuldung bzw. zur Verkleinerung ihrer Kapitalbasis.⁴²

Allein, es können nicht alle Unternehmen überdurchschnittlich profitabel sein. *Investment Banking* erfüllt daher die volkswirtschaftlich lebenswichtige Finanzierungs- und Risikokontrollfunktion relativ schlecht, erschüttert wirtschaftliches Grundvertrauen und erschwert dadurch die Bedingungen für konjunkturelle Stabilität ebenso wie für Langfristwachstum und sozialen Ausgleich.⁴³ Wie sehr die Finanzierungsfunktion des Finanzsektors inzwischen krankt, zeigt auch der Umstand, dass die stärksten Beeinträchtigungen realer Investitionen durch eine Kreditklemme (*Credit Crunch*) bei Banken auftreten, die auf die Betreuung von kleineren Unternehmen (die Mehrzahl der Firmen) spezialisiert sind und eine geringe Eigenkapitalquote aufweisen.⁴⁴

Das Risiko auf dem Finanzmarkt steigt allgemein, die Lage wird immer gefährlicher. Denn nicht nur die Zahl der Investmentbanken steigt, selbst das Geschäftsbankensystem hält zunehmend hoch riskante Papiere und sichert sich zu wenig gegen diese Risiken ab – und in akuten Krisen („*Minsky's moment*“, *meltdown*) können nicht einmal die KapitalgarantiegeberInnen leisten.⁴⁵

Das Platzen von Blasen führt immer wieder zu beträchtlicher Nettovermögensvernichtung. Die einbrechenden Vermögenspositionen machen die Rückzahlung der Kredite, auf denen sie weiten Teils beruhen, problematisch; der Hebeleffekt (*Leverage Effect*) wird umgekehrt (*Deleveraging*), indem wegen der Abschreibungsverluste (weniger Eigenkapital) weniger Kredite vergeben werden. Die Kreditinstitute horten in Panik Geld („Kellergeld“), statt es an die Realwirtschaft zu verleihen, die nunmehr, nicht wie sonst üblich, weder ihre Investitionen noch ihr Betriebskapital finanzieren und ihre gewöhnlichen Spitzenfinanzierungserfordernisse abdecken kann. Die Kreditklemme breitet sich über die Liefer- und Leistungsbeziehungen aus.⁴⁶ Im Extremfall kann nicht einmal unbegrenzte Geldversorgung durch traditionelle Geldpolitik die Hortung und Liquiditätskrise überwinden. Eine Bank denkt betriebswirtschaftlich, handelt nicht volkswirtschaftlich.

„Banken und Finanzmärkte müssen wieder primär ihre ursprüngliche Aufgabe erfüllen. Das sind das Sammeln von Ersparnissen und die Kreditvergabe an die Investoren der Realwirtschaft.“⁴⁷

2.3 Geld- und Fiskalpolitik des Mainstream und Soziales

Die Finanzmarktkrisen (beginnend schon Mitte der 1960er-Jahre mit den USA) mit ihren Kreditklemmen wurden tendenziell stärker und konn-

ten unter der realen Wachstumsschwäche in der neoliberalen Ära immer weniger gedämpft werden. In florierenden Wirtschaftsphasen setzt sich die Kreditnachfrage eben viel eher durch als in krisenhaften. Deshalb erhält eine fiskalische Stabilisierungspolitik auch für die Auflösung der Kreditklemme Bedeutung.⁴⁸ Ergänzende alternative Zahlungssysteme (Stichwort „Endogenität der Geldmenge“) sind als Notmittel weit weniger effizient. Geld ist eben kein „Schleier über dem realen Sektor“, der keine realen Effekte hätte, wiewohl dies die Klassiker vertraten und im Wesentlichen auch die MonetaristInnen vertreten. Robert Shiller sieht drei Übertragungskanäle der Krise des Finanzsektors auf den Realsektor: fallende Aktienkurse und Vermögenswerte, extreme psychologische Reaktionen auf das Platzen der Blasen und die Unfähigkeit der Hypothekarstitute zu flexiblem Akkomodieren der Wertverluste.⁴⁹

Anfang der 1990er-Jahre sowie in der 2007/2008 einsetzenden Finanz- und Konjunkturkrise verhinderten die Zentralbanken zu lange mit ihren Politiken zu hoher Zinsen eine nachhaltig starke Entwicklung von Nachfrage und Produktion, Beschäftigung und Massenkaufkraft. Dasselbe bewirkten die Budgetausgleichbestrebungen der 1990er- und frühen 2000er-Jahre. Die auf beiderlei Art verursachten Probleme türmten sich auf, indem die verordnete Arbeitszeitverkürzung viel zu gering ausfiel und sich – stark ungleich verteilt – größtenteils in Arbeitslosigkeit Bahn brach.⁵⁰ Neben der Arbeitslosigkeit kam es zu Präkarität und Neuer Armut, Arbeitsverdichtung und Gesundheitsschäden, Sozialabbau und Verunsicherung, Vermögens- und Kaufkraftpolarisierung mit zum Teil extrem divergierenden Entwicklungen sowie internationalen Ungleichgewichten je nach relativer Kontraktivität bzw. Expansivität der nationalen Wirtschaftspolitiken. Das schwächte die Schwachen, stärkte die Starken – und es schadete beiden.⁵¹ Zumindest mittelfristig tragen gepfändete und wohnungslose Haushalte, beeinträchtigte Produktionsunternehmen, prekär Wiederbeschäftigte, hoffnungslos Arbeitslose und deren soziales Umfeld die Kosten der Krise. In der Krise verschlechtert sich der Gesundheitszustand und bleibt es eine Zeitlang nach der Krise.⁵² Arbeitslose und arbeitende Arme (*Working Poor*) sind auf Sozialtransfers angewiesen, deren Bemessung durch die Befürchtung bestimmt wird, die SozialempfängerInnen würden alles tun, um freiwillig arbeitslos und bezugsberechtigt, arm und unterstützt zu bleiben. Das negativ besetzte Schlagwort Bürokratie ist ein sehr gebräuchliches Killerargument gegen jegliche staatlich erbrachten Leistungen (vor allem jene, die man selbst nicht beanspruchen kann oder will), egal, ob staatliche Eigenproduktionen oder hoheitliche Versorgungs-, Preis- und Qualitätsgarantien, die auch eine bedeutende sozialpolitische Rolle spielen. Die volkswirtschaftliche Effizienz – beurteilt anhand der gesellschaftlichen Wohlfahrtswirkung von Stabilisierungs-, Umverteilungs- und Angebotsleistungen des Staates – mag nach der Krise gegenüber

dem Teilaspekt der ökonomischen Effizienz (auf betrieblicher Ebene) bald wieder in den Hintergrund treten, wie schon die letzten dreißig Jahre.

„Mit einer neoliberalen ‚Brille‘ bzw. ‚Weltanschauung‘ kann ich Krisenursachen, die systematisch von freien Märkten gesetzt werden, nicht wahrnehmen. Denn der ‚Brillenschliff‘ impliziert, dass liberalisierte Märkte keine Krisen produzieren können.“⁵³

Bisherige *Mainstreamer*, die mit einem Umschwung in der Wirtschaftswissenschaft und -politik rechnen, werfen dem Staat in opportunistischer Weise mangelnde Regulierung und Kontrolle vor, und das, nachdem alle im Neoliberalismus ernst genommenen Autoritäten wirtschaftliche Liberalisierung und Staatsrückzug gepredigt und gefordert hatten.

3. Überwindung der Krise(n)

3.1 Zurück zu den Ursprüngen

„Märkte sind dafür geeignet, Produktionsmittel unterschiedlichen Verwendungszwecken zuzuführen. Wofür Märkte allerdings nicht geeignet sind, ist die gerechte Verteilung der Einkommen, Vermögen und Lebenschancen.“⁵⁴

Dieser Satz ist eigentlich eine nationalökonomische Selbstverständlichkeit und passt daher kaum hierher. Da er jedoch keine Selbstverständlichkeit im wissenschaftlichen und politischen Alltag (mehr) ist, gehört er immer wieder gehört. Für uns ist klar: Nur eine angemessene Kombination und Koordination von Institutionen des Marktes, des Staates und des intermediären Bereichs (der Zivilgesellschaft jenseits von Markt und Staat) kann die jeweiligen Leistungsfähigkeiten der marktmäßigen und der wirtschaftspolitischen Koordination wesentlich nutzbar machen. Dazu muss offen anerkannt werden, dass der Markt bzw. der Staat in bestimmten, jeweils arteigenen Aufgabenbereichen versagen wird:

- der Markt jedenfalls bei der Verwirklichung von Gemeinschaftsinteressen (in vielerlei Hinsicht von Vollbeschäftigung über Wettbewerbsfunktionsfähigkeit und Verteilungsgerechtigkeit bis hin zu Nachhaltigkeit – selbst auf an sich perfekten Märkten), unter dysfunktionalen Rahmenbedingungen, unter wesentlicher Unsicherheit und bei ökonomisch irrationaler oder außerökonomischem Verhalten;
- der Staat möglicherweise bei der Bewältigung einzelwirtschaftlicher Entscheidungsaufgaben bei unproblematischen Gütern auf funktionsfähigen Märkten; der öffentliche Sektor ist der Spezialist für öffentliche Angelegenheiten.⁵⁵

Konsequent darf es in der Theorie wie in der Politik weder eine kategorische Abwertung von Markt oder Staat als eine schädliche Institution geben, deren Einfluss zu minimieren wäre, noch dürfen im Einzelfall volks-

wirtschaftlich zweckmäßige wirtschaftspolitische Maßnahmen wegen rein subjektiver Reservationen abgelehnt werden (keine Angst vor der eigenen Courage oder einem vermeintlichen Bedeutungsverlust). Das möglichst breite Denken in Alternativen und klare Darstellen von Zusammenhängen muss wieder essenzieller Standard in Wissenschaft und Politik werden.⁵⁶ Früheres bedeutet nicht per se Schlechteres, wie dies Neoliberale in Anwendung auf den Keynesianismus ständig suggerieren (freilich ohne ihre Wurzeln im Manchester-Liberalismus zu erwähnen).

3.2 Soziale Marktwirtschaft und Globalsteuerung, *Washington Consensus* und Neue Soziale Marktwirtschaft

Das Denken in staatlichen Konjunkturprogrammen ist notgedrungen wieder salonfähig geworden. Allerdings ist mit der letzten Entscheidung der G-20, den Internationalen Währungsfonds bei der Krisenbekämpfung wesentlich verstärkt einzusetzen (Verdreifachung des Kreditpotenzials), angezeigt worden, dass der IWF, diese Hochburg des Neoliberalismus (auf der geistigen Basis des „*Washington Consensus*“, der Grundauffassung der republikanischen USA von *good governance*), einflussreicher wird.⁵⁷ Es hieße, den sprichwörtlichen Bock zum Gärtner zu machen, wäre nicht zuverlässig vorgesorgt, dass der IWF eine neutrale und problemadäquate Position einnimmt (doch wie steht es konkret mit der IWF-Leitung und der Remanenz von Unternehmensphilosophie, -kultur und Humankapital des IWF?).

Die neoliberale Marktwirtschaft hat sich lange und weit von der Sozialen Marktwirtschaft entfernt. Das gelebte System der Marktwirtschaft ist daher wieder zur ursprünglichen Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft heimzuführen. Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft verbreitet mit viel Budget (der deutschen Elektro-/Industrie) ein positives Bild einer vorgeblich sozialen Marktwirtschaft: Der soziale Fortschritt wird eher als Ergebnis der maximalen Anpassung der unselbstständig Beschäftigten an so genannte Sachzwänge des Marktes gesehen.⁵⁸ Beschäftigung um jeden Preis ist aber nicht Garant für einen sozialen Erfolg einer sozialen Marktwirtschaft. „Nehme jede Arbeit an“ soll nicht wieder zum Grundprinzip werden. Das Adjektiv „sozial“ darf nicht länger zum Feigenblatt einer schäbigen, allzu notdürftigen und zeitlich begrenzten Absicherung vor dem unfairen, aber beinharten Marktwettbewerb um Einkommen und Lebensqualität verkommen. Wirklich Soziales verlangt aber auch aktive Konjunktursteuerung. Zu diesem „neuen alten Konzept“ sind heutzutage einige zentrale Punkte zu beachten:

- Eine Abkehr von der Lohnminimierungspolitik und dem kurzfristigem Kostensenkungswettbewerb um nahezu jeden Preis ist aus sozialer wie ökonomischer Sicht unabdingbar.⁵⁹

- Der Arbeitsmarkt ist nicht als auktionsartiger, preisbestimmter Markt wie jeder andere zu behandeln, sondern als investitionsträchtiger, schutz- und förderbedürftiger Schlüsselbereich wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung.
- Dem individuellen Gewinn- und Nutzenmaximierungsstreben sind dort deutliche Grenzen zu setzen, wo dies zum gesellschaftlichen Nachteil gereicht (mikro- und makroökonomische Externalitäten: z. B. „Wir zahlen nicht für eure Krise!“).
- Preiswettbewerb und Liberalisierung sind keine generellen Heilmittel, öffentliche Finanzen kein Ziel an sich, sondern jeweils im Einzelfall zu evaluierende Mittel zum volkswirtschaftlichen und sozialen Zweck.
- Umverteilung von oben nach unten ist nicht nur zum sozialen Ausgleich nötig, sondern auch zur wirtschaftlichen Verbesserung.
- Solidarität bedeutet die Rücksichtnahme auf die Unterlegenen – im Interesse nicht nur der Schwächeren (sozial im Sinn von karitativ und gerecht), sondern zum Wohl aller (sozial im Sinn von gesamtwirtschaftlich und -gesellschaftlich glücklich).⁶⁰
- Es stellt sich die Frage nach dem Sinn der politischen Unabhängigkeit und mangelnden demokratischen Legitimation der Zentralbanken angesichts der von ihnen mitverschuldeten, aber nicht mitgetragenen Krisen und sozialen Verluste.

In einer grundsätzlich liberalen, individualistisch orientierten Gesellschaft ist Eigennutzmaximierung einerseits legitim, weit verbreitet und mitunter Effizienz fördernd, andererseits zum allgemeinen Vorteil korrekturbedürftig. Den Umstand des Egoismus, betreffend Individuen und Gruppen, gilt es insofern zu akzeptieren, als das Abstützen auf sozial-ethische Verhaltensnormen zu auf schwachem Fundament steht und ethische Appelle in ihrer Wirksamkeit meist eng begrenzt sind. Gerade die wirtschaftsliberale These, der Mensch diene den Mitmenschen bestens im Weg der Marktbeziehungen und sei obendrein als Gesellschaftswesen zur Kooperation bereit, bereitet strategisch den Boden für wirtschaftliche Liberalisierung. Solche Kooperation ist bei öffentlichen Gütern und (vor allem makroökonomischen) externen Effekten vergleichsweise ineffektiv und ineffizient. Obwohl Normen direkt und indirekt zu solidarischem Verhalten führen können, ist Solidarität zwischen Individuen und Gruppen auf dieser Ebene nicht stark genug.

Um aktivistische Konjunkturpolitik kommt man nicht herum. Allerdings wird vorgeschlagen, für antizyklische Politik die Entwicklung der Arbeitslosigkeit und nicht das Realwachstum zu Grunde zu legen (Okun'sches Gesetz).

3.3 Umfassende Finanzmarktregulierungen

Den effizienten und freien Markt gibt es in der Realität nicht – und es wird ihn niemals geben, vor allem wenn man davon ausgeht, dass das Paradebeispiel Finanzmarkt den Nimbus der ökonomischen und allokativen Effizienz (aufgrund von Information, Börseprinzip und rationalen TeilnehmerInnen) inzwischen verloren haben dürfte. Ein neuer, realistischer Blick begründete die *Behavioural Finance*, die Wissenschaft vom Finanzmarkt als einer von menschlichen Schwächen in ihren Ergebnissen wesentlich bestimmten Institution. Darauf haben der wirtschaftswissenschaftliche und -politische *Mainstream* (bewusst?) nicht geachtet. Durch Anerkennung systematischen Entscheidungsversagens in Bezug auf Risiken und Information darüber erhält unabhängige, effektive Kontrolle – abseits von Marktanreizen – einen entscheidenden Stellenwert.⁶¹

Die jetzige Krise ist durch Kontrollversagen zwar nicht verursacht, sehr wohl aber nicht durch Kontrolle verhindert worden. So gibt es Bereiche, in denen die viel strapazierte ökonomische Effizienz auf Bankbetriebsebene nicht den Ausschlag zu geben, sondern die Vermeidung gesamtwirtschaftlicher Megaschäden Priorität hat.⁶² Zu diesen Bereichen zählt vor allem der Finanzmarkt. Er kann auf Dauer nicht profitabler sein als der ihm zu Grunde liegende Gütermarkt.⁶³

Deshalb soll der Finanzmarkt möglichst in jenen Grenzen gehalten werden, innerhalb derer es um die Finanzierung realwirtschaftlicher Transaktionen (primär Produktion, sekundär Konsum) oder um deren Risikoabsicherung (*Hedging*) geht, also um die Tätigkeit als klassische Geschäftsbank, nicht als Vermögenshandelshaus. Das zivilgesellschaftliche Netzwerk Attac fordert eine „drastische Schrumpfung der Finanzmärkte“, statt, wie von der führenden internationalen Politik anscheinend intendiert, eine weitere Forcierung, wenn auch unter gesteigerten Kontrollen.⁶⁴ Paul Krugman empfiehlt: „(...) Bankgeschäfte müssen dringend wieder langweilig werden.“⁶⁵

Dass Wettbewerbsmärkte GewinnerInnen und VerliererInnen zeitigen, ist klar und (unbeschadet späterer Korrekturwünsche) grundsätzlich zu akzeptieren – allerdings nur, falls Fairness den Wettbewerb kennzeichnet und die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs erhalten bleibt (keine Monopolisierungstendenz). Doch strukturelle Informations- und Machtunterschiede charakterisieren besonders den komplexen, heterogenen Finanzmarkt und liefern die Benachteiligten den Bevorzugten gleichsam aus. Die besonderen Umstände (Asymmetrien, Blasen) erlauben und bringen vor allem Pyramidenspiele hervor (so genannte Ponzi-Konzepte à la Bernard L. Madoff). Dort wird die Vermögensmehrung der GewinnerInnen zu Lasten der schlecht informierten FinanzinvestorInnen finanziert. Folglich geht es um eine wesentlich verbesserte ökonomische Bildung sowohl der All-

gemeinheit als auch der FinanzberaterInnen sowie eine effektive Kontrolle der Qualifikationsstandards und Geschäftspraktiken in der Vermögensbranche.

Instabilität durch Spekulation, *Hedging* und Ponzi-Finanzierung im fließenden Übergangsbereich zwischen Gier und Kriminalität (inhärent in den Funktionsprinzipien von Markt und Gesellschaft) sowie mitunter gigantisch erhöhte soziale Kosten verlangen eine Regulierung der diversen Finanzmärkte zur Gewährleistung ihrer Funktionalität und realwirtschaftlichen Nützlichkeit. Angesichts des steten, den individuellen Nutzen maximierenden Ausweichverhaltens vor einer Regulierung ist eine allumfassende Regulierung der Finanzmärkte sowohl ein Gebot der wirtschaftspolitischen Effektivität als auch der allokativen Effizienz. Gerade die als hoch rentabel gepriesenen, faktisch unregulierten *Private Equity Funds* (nicht öffentlich über die Börse, unreguliert gehandelte Unternehmensbeteiligungen durch institutionelle InvestorInnen) zeigen bei sorgfältiger Analyse nicht die vermeintlich überhöhte Kapitalrentabilität. Massa und Patgiri erhalten empirisch zwar eine höhere Rentabilität von *Mutual Funds*, aber auch ein nach oben verzerrtes Risikoverhalten und eine reduzierte Überlebenswahrscheinlichkeit solcher Anlagefonds.⁶⁶

Es ist hoch an der Zeit, die regulatorischen Unterlassungs- und Begehungsfehler auszumerzen, nämlich die Nichtregulierung der „innovativen“ Finanzmarktbereiche (vor allem Hedge-Fonds, *Private Equity Funds* und *Special Investment Vehicles* sowie Ratingagenturen) zu beenden, die schlechte Regulierung (ineffektiv, national zersplittert, international ineffektiv oder nur durch die Branche selbst reguliert wie in den Basler Akkorden) zu verbessern, die Deregulierung (vor allem der 1990er-Jahre im Rahmen des GATS-Vertragsrahmens der WTO) umzukehren und eine stabile Weltfinanz- und Währungsordnung nach dem Beispiel von Bretton Woods zu errichten.⁶⁷ Dazu meint Präsident Obama Folgendes: „Und wenn wir weiterhin zulassen, dass Finanzinstitutionen überall auf der Welt rücksichts- und verantwortungslos handeln, bleiben wir im Kreislauf von Finanzblasen und deren Zerplatzen gefangen.“⁶⁸

Die Branchenselbstregulierung durch die Basler Akkorde brachte u. a. die Norm einer erhöhten Eigenkapitalunterlegung der Aktiva mit sich. Im Interesse einer wirksamen Konjunkturstabilisierung sollen die Eigenkapitaluntergrenzen in der konjunkturellen Hitzeperiode erhöht und in der Kälteperiode gesenkt werden.⁶⁹

Wie andere Produktionsprozesse und Güter mit potenzieller Gefährlichkeit für ProduzentInnen, KonsumentInnen und/oder Dritte (z. B. Umweltverträglichkeitsprüfungen und Kernkraftverbot) sind Finanzprodukte und -verfahren durch Vorschriften hoheitlich zu regulieren. Insbesondere gilt das dort, wo das Schadenersatzrecht schwach entwickelt ist oder verursachte Schäden für eine verursachungsgemäße Gutmachung viel zu groß sein können.

Aus Gründen der Effektivität hat das Verbotsprinzip mit Erlaubnisvorbehalt Vorrang vor dem Erlaubnisprinzip mit Verbotsvorbehalt zu haben. Einwände auf Grund der Befürchtungen, es würden dabei Betriebsgeheimnisse verraten, erscheinen als vorgeschobene Argumente und sind entweder durch Amtsverschwiegenheit oder Patentierungen zu zerstreuen oder haben Nachrang gegenüber der Schutzwürdigkeit der Gesellschaft. Außerdem herrscht im traditionellen Kreditgeschäft der Banken – zwar eingeschränkt durch Produktdifferenzierung – (monopolistischer) Wettbewerb, ohne aber die genannten Befürchtungen im Wesentlichen zu rechtfertigen.

Im Interesse der Aufhellung undurchsichtiger Geschäfte im Vermögenshandelsbereich kann eine verordnete Standardisierung der Produkte oder zumindest eine befriedigende Vergleichbarkeit anhand wichtiger Produktkriterien die nötige Transparenz schaffen. Dadurch werden destabilisierende Spekulationen erschwert, die eben von Informationsasymmetrien am Markt und Obskurität der Produkte abhängen.

Warum sollen Banken für bewusst schlechte Beratungsleistungen, die auf Informationsgefällen basieren, nicht haften müssen? Warum sollen Hypothekarprodukte kein kontinuierliches und konsumentInnenfreundliches Risikomanagement vorsehen können und müssen? Selbst das Konkursrecht kann und soll konsumentInnenfreundlicher ausgestaltet werden.⁷⁰

Insgesamt müssen die Finanzmärkte transparenter gemacht werden, sollen sich einer effektiven Regulierung und Besteuerung nicht entziehen können. Demokratische Entscheidungen müssen auch in wirtschaftspolitischen Maßnahmen und Erfolgen zum Ausdruck kommen. „Transparente Finanzmärkte sind wichtig für die Demokratie; wenn Transparenz fehlt, unterminiert dies demokratische Strukturen.“⁷¹

Selbst wenn Finanzmarktregulierung nicht global vorgenommen wird, können Wirtschaftsmächte wie USA und EU gefahrlos maßgebliche Standards setzen (wie jüngst erfolgreiche Auskunftsbegehren an Banken anderer Staaten über die Vermögensverhältnisse der eigenen Steuerpflichtigen beispielhaft zeigen). Zudem wird es wohl kaum von Nachteil sein, wenn hoch spekulatives Kapital draußen bleibt und längerfristig stabile Verzinsung suchendes Kapital dafür angezogen wird. Außerdem zeigt die Umweltregulierung, dass das große Fluchtverhalten in Länder ohne Umweltschutzgesetze (*pollution havens* – analog: „*non-regulation havens*“) nicht wesentlich zu beobachten ist.⁷²

3.4 Besteuerung von Vermögenstransaktionen

Die Problematik des Kapitalverkehrs liegt in dessen relativ hoher Geschwindigkeit (potenzielle Flüchtigkeit) und Kostengünstigkeit (niedrige

Transaktionskosten). Eine künstliche Erhöhung der Transaktionskosten durch die Besteuerung von (Finanz-)Vermögenstransaktionen jeglicher Art kann schon bei einem vergleichsweise sehr geringen Steuersatz jeweils in der einen oder anderen Hinsicht hohe Wirksamkeit entfalten. Entweder es gelingt dadurch, die geringen Zins- und Kursdifferenzen durch eine Transaktionssteuer für Arbitrage unrentabel zu machen und so die tagtägliche Nervosität der Märkte zu dämpfen. Oder die vom geringen Steuersatz unbeeindruckten Kapitalbewegungen finden in einem Ausmaß statt, das ein hohes Transaktionssteueraufkommen beschert (so gesehen eignet sich dieses Instrument nicht zur Krisenprävention, was seinen sonstigen Wirkungen aber keinen Abbruch tut). Als Steuerbasis können alle oder nur grenzüberschreitende Finanztransaktionen, alle Vermögens-transaktionen oder nur Finanzvermögenstransaktionen sowie alle Transaktionen doppelt (auf Käuferinnen- und Verkäuferseite) oder nur einfach besteuert werden. Das Aufkommen kann etwa zur Finanzierung der Bekämpfung der durch den Finanzmarkt verursachten realwirtschaftlichen Schäden dienen.

Mit Produktionsleistungen unmittelbar verbundene Transaktionen (innerhalb der Wertschöpfungskette) werden dadurch nicht wesentlich verteuert. Allzu lange Wertschöpfungsketten akkumulieren die Handelsspannen hoch und mögen auf unnötige Spekulation oder ungewöhnlich hohe Transportexternalitäten hindeuten (außerdem kann man eine Allphasen- oder nur eine Endphasenbesteuerung vorsehen). Immerhin kann die finanzielle Abwicklung oder Risikoabsicherung realwirtschaftlicher Leistungen von der Besteuerung ausgenommen werden (Nachweispflicht der AntragstellerInnen). Dem Gestaltungsspielraum sind nicht nur beim Steuersatz wenige Grenzen gesetzt. Je breiter die Steuerbasis, desto geringer sind das Ausweichverhalten und seine allokativen Verzerrungen.

3.5 Finanzmarktinstrumente: „(...) die schlechten ins Kröpfchen“

Eine Schwerpunktverlagerung von der Spekulations- zurück zur Finanzierungsfunktion würde die Krisenhaftigkeit des Finanzmarktssystems herabsetzen. Dazu denken und handeln die dafür in Frage kommenden Finanzinstitute, bei uns in der Regel Universalbanken, aber zu betriebswirtschaftlich und zu wenig volkswirtschaftlich. Der Vermögenshandel neigt nicht unwesentlich zu destabilisierenden Spekulationen (d. h., die Erwartungen betreffen die Änderungsrichtung, nicht die resultierende Wertgröße).

Um das Geschäftsbankensystem gegenüber dem Vermögenshandelsystem zu fördern, ist es denkbar, Mindestreserveverpflichtungen neben Bankeinlagen oder gar statt ihrer künftig auf die Haltung von jenen Vermö-

genstiteln – insbesondere Finanzderivate – zu verfügen, die keine unmittelbaren Kredite darstellen.⁷³

Obendrein könnte eine bestimmte Relation zwischen den gesamten Aktiva und den unmittelbaren Kreditformen (Kontokredite, Wechsel- und Lombardkredite, Einzelanleihen) vorgegeben werden.

3.6 Geldversorgung und Staatseinfluss

Gerade in Finanz- und Wirtschaftskrisen – unter dem Schock der Forderungsausfälle, Solvenzprobleme und Finanzierungsunsicherheit – hat die Wirksamkeit der Geldpolitik im Hinblick auf die Liquiditätsversorgung der Wirtschaft aufrechterhalten zu werden. Eine Kreditklemme muss mit allen erforderlichen, auch unkonventionellen Mitteln prioritär und effektiv verhindert werden. Expansive Maßnahmen der Zentralbanken müssen zuverlässig zu entsprechenden (multiplikativen) Ausdehnungen der Geldmenge (M1) führen. Im Hinblick darauf ist das Geschäftsbankensystem ggf. wie ein dezentrales Filialnetz der Zentralbanken anzusehen und notfalls mit den entsprechenden Direktiven, gestützt durch Haftungsgarantien der Zentralbank, zu steuern.

Seit Jänner 2009 setzt das US-Zentralbanksystem immerhin neuartige Instrumente mit höherer Effektivität ein, die sich auch direkt auf Finanzinstitutionen richten, die vom Kreditmarkt ausgetrocknet werden.⁷⁴

Bei solch einer selektiven Offenmarktpolitik entsteht allerdings bei kostenloser Entsorgung fauler Papiere der Banken durch den Staat ein Problem moralischer Versuchung. Anreizkompatible Verwendungsauflagen für das den Kreditinstituten zusätzlich und vergünstigt zur Verfügung gestellte Zentralbankgeld können aber für eine effiziente Liquiditätszufuhr sorgen. Stiglitz weist auf das Problem hin, dass bei Kursverfall der Aktiva der Finanzinstitute die staatlich dort injizierten Finanzmittel wie in einem Loch ohne Boden verschwinden können. Denn durch *De-leveraging* zuvor extrem hoher Hebeleffekte wird die staatliche Liquiditätszufuhr multiplikativ verkleinert.⁷⁵ Daraus kann gefolgert werden, wie wichtig der staatliche Einfluss auf die Geschäftsstrategie der Finanzinstitute ist bzw. wäre. Das ist bei den Rettungsmaßnahmen jedenfalls mit zu berücksichtigen.

Stiglitz geht so weit vorzuschlagen, dass – wie in Schweden und anderen (konservativen) Ländern – die Banken, die illiquide werden, verstaatlicht werden sollen, um die volkswirtschaftlichen Interessen gegenüber betriebswirtschaftlichen Vorsichtsstrategien (etwa abzuwarten, ob das eigene Finanzinstitut am Markt bleibt, und, wenn ja, dann wieder Kredite zu vergeben) durchzusetzen. Auch die Wertpapierabrechnung (Clearing) würde laut Stiglitz bei (teil-)verstaatlichten Banken leichter funktionieren.

“Of course, most of the employees will remain, and even much of the management. What then is the difference? The difference is that now, the in-

centives of the banks can be aligned better with those of the country. And it is in the national interest that prudent lending be restarted. There are several other marked advantages. One of the problems today is that the banks potentially owe large amounts to each other (through complicated derivatives). With government owning many of the banks, sorting through those obligations („netting them out“, in the jargon) will be far easier.”⁷⁶

Stiglitz schreckt auch nicht davor zurück zu sagen, der Eigentumsverlust der AktionärInnen und AnleihenbesitzerInnen wäre eher zu akzeptieren als die Einbußen der SteuerzahlerInnen:

“To be sure, shareholders and bondholders will lose out, but their gains under the current regime come at the expense of taxpayers. In the good years, they were rewarded for their risk taking. Ownership cannot be a one-sided bet. (...) It is standard practice to shut down banks failing to meet basic requirements on capital, but we almost certainly have been too gentle in enforcing these requirements.”⁷⁷

Zuweilen wird die – im Vergleich zu seinem Vorgänger Paul Volcker – eher expansive Geldpolitik Alan Greenspans als Krisenursache vertreten. Zu viel Liquidität hätte die Basis für kreditfinanzierte Derivate und *Leveragings* geschaffen. Das mag stimmen, doch verwechseln wir nicht Ziel, Nebenbedingung und Mittel. Ziel soll die Liquiditätsversorgung der Wirtschaft sein, Nebenbedingung die Vermeidung destabilisierender Spekulation – und zwar durch Finanzmarktregulierung und -kontrolle. Nämlich dadurch soll eine Blasenbildung (*asset price inflation*) verhindert werden. Es wäre nicht auszudenken, mit welchen gravierend negativen Folgen für die Beschäftigung eine restriktive Geldpolitik zur Zähmung der Finanzspekulationen verbunden wäre.

ÖkonomInnen, die nicht die Unfähigkeit des Staates zur Stabilisierung der Wirtschaftsentwicklung vertreten, weisen auf die Koordination von Geld- und Fiskalpolitik im Interesse der wirtschaftspolitischen Effizienz hin. Lehnt man die monetaristische Quantitätstheorie des Geldes, welche der relativen Geldmengenentwicklung eine dominante Bedeutung für die Inflation verleiht, als praktisch irrelevant ab und zieht man demgemäß einen anderen Instrumenteneinsatz zur Inflationsbekämpfung heran, gibt es aus heterodoxer Sicht keine Rechtfertigung für die politische Autonomie und mangelnde demokratische Legitimation der Zentralbank.⁷⁸

3.7 Budgetpolitik: Flucht in Ketten?

So strikt, wie im Neoliberalismus meist die Inflationsbekämpfung als Hauptaufgabe verfolgt wird, so sehr sind Budgetausgleich und Reduktion der Verschuldungsquote zum Ziel an sich avanciert. Angesichts der gegenwärtigen, größten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit, einer Krise, deren Ausmaße bis vor kurzem unvorstellbar gewesen waren, ist die Aufhebung des so genannten (und noch zu wenig entschärften) Stabi-

litäts- und Wachstumspakt auf EU-Ebene und des davon abgeleiteten österreichischen 15a-Vertrags zwischen Bund und Ländern zu fordern:⁷⁹ „Vergesst Maastricht!“⁸⁰

Als Ersatz ist ggf. eine Inflationszielsetzung für die Mitgliedstaaten zwar nicht sehr erwünscht, aber als Kompromiss zumindest diskutierbar.⁸¹

In der Krise, wenn makroökonomische Externalitäten (soziale Kosten) besonders gravierend sind, besteht eine verbesserte Chance, den Nutzen staatlicher Leistungen deutlich zu machen und die dementsprechend hohe Zinsen- und/oder Abgabenbelastung merklich zu rechtfertigen (wie dies analog nun mit der Wertschätzung der EU-Mitgliedschaft funktioniert). Öffentliche Ressourcen, die nach dem Gerechtigkeitsgrundsatz der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit durch den Staat eingehoben werden, sollen der Gesellschaft nach Maßgabe des öffentlichen Bedarfs – gemessen an den öffentlichen Gütern Vollbeschäftigung, soziale Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit etc. – zu Gute kommen. Ansonsten nimmt der Teufelskreis aus (zumindest vorerst recht beliebter) Abgabensenkung, notwendiger Ausgabensenkung (aufgrund der Budgetkonsolidierungsmission), konsequenter Unzufriedenheit mit staatlichen Leistungen und protestbedingten Forderungen nach Abgabensenkungen seinen Lauf. Die soziale Wohlfahrt nimmt dadurch eigentlich ungewollt ab.⁸²

Verstärkte Vermögensbesteuerung würde darauf hinwirken, die ethischen Prinzipien der Besteuerung – Allgemeinheit, Gleichmäßigkeit und Verhältnismäßigkeit – zu fördern.⁸³

Wird es weder als realistisch noch als wünschenswert betrachtet, auf absehbare Zeit die Arbeitskräfte ähnlich mobil zu machen, wie es das Kapital ist, muss zunächst die Kapitalmobilität derart herabgesetzt werden (durch Kapitalverkehrskontrollen, Tobin-Steuer oder dgl.), dass Finanzkapital langsam genug ist, um generell von der Wirtschaftspolitik wirksam erfasst und speziell einer als fair angemessenen Besteuerung zugeführt werden zu können. Denn gerade der Finanzbereich ist, unterstützt von kapitalfreundlicher Besteuerung, ein besonders dynamischer Bereich der Verteilungspolarisierung. Umgekehrt wirkt Umverteilungspolitik beruhigend auf die Finanzmärkte und die allgemeine Wirtschaftsentwicklung ein. Einfach gesprochen: Die Hasardeure, die es sich leisten können, im großen Stil zu spekulieren, werden weniger; das Sparen mit einem realwirtschaftlichen Ziel wird wieder prominenter.⁸⁴

Aus Interesse der Staatengemeinschaft (nicht unbedingt einzelner „Schwarzfahrer“ unter ihnen) ist eine möglichst enge Koordination der nationalen Steuerpolitiken anzustreben. Ziel muss es sein, dass das „Preis-Leistungs-Verhältnis“ in jedem Steuerhoheitsgebiet in etwa gleich sein muss. Einem niedrigen (hohen) Steuerniveau muss fairerweise ein entsprechend niedriges (hohes) Niveau staatlicher Leistungsquantität und -qualität gegenüberstehen.

Das ist nur zu gewährleisten, wenn Staaten, die auf Steuer- und Sozialabgabensenkung setzen, keine Beihilfen von anderen Staaten kriegen, die im Steuersenkungswettbewerb nicht mithalten, sondern auf ihrer Leistungsseite punkten wollen und angemessener Abgabeneinnahmen bedürfen.

Noch nicht dadurch gelöst wird das Problem der Briefkastenfirmen in den auf sie spezialisierten und von ihrem intransparenten Finanzsystem lebenden kleinen Ländern, den „Steuroasen“. Sie verleiten zum Kapitalexport aus anderen Ländern und tragen dort zur Finanzierungsproblematik und Abhängigkeit vom ausländischen Kapitalmarkt bei.⁸⁵ Steuern sollten also dort eingehoben werden, wo der geschäftliche Erfolg entsteht, statt dass Vermögen verschoben und der Kontrolle und Besteuerung entzogen wird. Dazu wäre ein Übergang vom globalen zum regionalen Bilanzieren transnationaler Unternehmen hilfreich.⁸⁶

Es sollen unter dem gesellschaftlichen Aspekt nicht immer die Rüstungsausgaben sein, die als Staatsnachfrage für eine dynamische Ausgabenentwicklung sorgen. Gerade in Zusammenwirken zum einen mit einer Konsum anregenden Arbeitszeitverkürzung und zum anderen mit einem Aufholen des Konsumniveaus zur Mittelschicht würde eine Stärkung der Masseneinkommen eine solide Basis für ein auch nachfrageseitig getragenes Wachstum auch über längere Frist bilden.

Darüber hinaus ist es nötig, die Abneigung gegenüber Staatskonsum (in erster Linie Gehälter für die Erbringung staatlicher Leistungen für Wirtschaft und Gesellschaft) und gegenüber Sozialausgaben als vermeintlich oder vorgeblich „unproduktiv“ zu überwinden. Begünstigt Konsum doch Investitionsentscheidungen sowie Importe zum Abbau der Leistungsbilanzüberschüsse entwickelter Staaten (mit offensichtlicher Ausnahme der USA).

Wenn zwischen verschiedenen Gesellschaftsgruppen diskriminiert werden muss/soll, sollte nach dem Prinzip vorgegangen werden, dass daraus der größte Nutzen der jeweils schwächsten Gruppe erwächst: nach dem Maximin-Prinzip (ein Ausfluss der Gerechtigkeitstheorie von John Rawls).⁸⁷ Allerdings folgt wirtschaftspolitische Nichtdiskriminierung zwischen Gruppen dem strategischen Motiv, die allgemeine Akzeptanz des umverteilenden Wohlfahrtsstaates zu erreichen, zu bewahren, zu verfestigen. Wer gegen Umverteilung durch den Staat von oben nach unten wettet, dem oder der werde entgegnet, dass Wirtschaftspolitik meist Umverteilungseffekte hat und wirtschaftspolitische Enthaltensamkeit zu markanten Entwicklungen in den Verteilungsergebnissen auf den Märkten und in der Lebensqualität führt. Die primär machtbestimmten Umverteilungstendenzen können weder als ökonomisch effizient noch als sozial befriedigend, sondern müssen als politisch korrekturbedürftig angesehen werden. Es mangelt immerhin vor allem an der Fairness der jeweils individuellen Aus-

gangspositionen für die Marktprozesse, aber auch an der Fairness der Verhaltensweisen selbst: „Zwang zur Lüge“, Hang zum „unschuldigen und nicht so unschuldigen Betrug“ sind einschlägige Schlagworte.⁸⁸

3.8 Opfer und ihre Kompensation, TäterInnen, ihre Absicherung und deren Preis

Gerade in der Krise ist eine wesentliche Erhöhung der Lohnersatzrate bei der Arbeitslosenunterstützung und Notstandshilfe sozial und konjunkturpolitisch nötig. Arbeitslosigkeit ist zu allermeist unfreiwillig, insbesondere in einer Krise, wo selbst viele problemfällig werden, die in Normalzeiten als abgesichert gelten. Arbeitslose sind Opfer, nicht TäterInnen.

Nicht zuletzt darf auch nicht übersehen werden, dass die Überantwortung der Altersvorsorge an die Finanzmärkte (tendenzielle Umstellung vom Umlage- auf das Kapitaldeckungs-Verfahren) ein enormes Risiko für den Konsum der PensionistInnen darstellt. Zur Hintanhaltung weiterer Opfer ist die steuerliche Begünstigung privater Altersvorsorge zu beenden und sind ausreichend Ressourcen für die Finanzierung des risikolosen Umlageverfahrens bereitzustellen (Aufhebung der regressiv wirkenden Höchstbeitragsgrundlage und Einbeziehung aller Produktionsfaktoren in die Beitragspflicht zur Sozialversicherung sowie ggf. Bereitstellung allgemeiner Steuermittel als nachfrageseitiger Beitrag auch zum längerfristigen Wachstum).⁸⁹

Freilich ist die Erhaltung der Pflichtversicherung statt der Einführung einer Versicherungspflicht für Krankheit solidarischer und Kaufkraft stärkender. Analoges gilt für die übrigen Sozialversicherungsbereiche.

Die hohe Komplexität und geringe Transparenz auf den Finanzmärkten macht die Unterscheidung zwischen „TäterInnen“ und „Opfern“ der Finanzmarktkrise nicht ganz einfach. Das (oder eine Art Verpflichtung gegenüber Finanzinteressen) lässt die wirtschaftspolitischen Rettungsmaßnahmen für den Finanzsektor offenbar eher in Richtung von Hilfestellung statt von Rechenschaftsforderung driften. Hauptproblem sind die „faulen/toxischen Papiere“, die sich noch zu Haufen in den Vermögensbeständen der Finanzinstitute finden (oder besser: verbergen), aber so gut wie keinen Verkehrswert mehr besitzen. Aus Effektivitätsgründen sollte der Staat zumindest einen wesentlichen Teil von ihnen liquidisieren. Die Banken sollten für ihre „Ramschpapiere“ Geld aus dem Budget oder – ggf. ungeachtet der monetaristischen Inflationsängste – Zentralbankgeld unmittelbar von der Währungsbehörde bekommen.

Die Entlastung der Finanzinstitute soll jedoch nicht (fast) gratis erfolgen, sondern mit eigenen Aktien bezahlt werden müssen. Not erzwingt und Fairness rechtfertigt gleichsam eine staatliche Beteiligung an den ansonsten hinfälligen bzw. zu gut behandelten Finanzinstituten. Die Staatsbür-

gerInnen erhalten für die von ihnen gewährten Hilfestellungen Anteilsvermögen. Zumindest dürfte die Kapitalbeteiligung des Staates besser sein, als – wie auf Geheiß der EU-Kommission – teure staatliche Kredite an marode Banken zu vergeben, die womöglich noch dazu zur Liquiditätshor-tung betriebswirtschaftlich betrachtet verwendet bzw. volkswirtschaftlich gesehen missbraucht werden. Außerdem geben die dogmatisch strengen, dafür aber doch sehr pragmatischen Kernländer des Neoliberalismus, die USA und Großbritannien, als VorreiterInnen ein Beispiel hinsichtlich Verstaatlichung vor.

Mit erst längerfristiger Wirkung kann und soll als Ergänzung oder Alternative dazu ein Rettungsfonds errichtet und ausgebaut werden, der mit Beiträgen der Finanzinstitute gespeist wird (statt mit Steuermitteln).⁹⁰

Freilich ist in einer arbeitsteiligen, ökonomisch hoch effizienten Geldwirtschaft das Finanzierungssystem eine Lebensader, die durch wirtschafts-politische Interventionen in Gang gehalten werden muss, um kurzfristig Schlimmstes zu verhindern. Doch sind viele andere ebenfalls und sogar ganz eindeutig Opfer, die als „Rädchen“ des realwirtschaftlichen Systems mit ähnlichem Anspruch Unterstützung erwarten sollen: die geköderten bonitätsschwachen KreditnehmerInnen, die gefährdeten, gepfändeten oder delogierten HausbesitzerInnen, die auf Grund von Kreditklemme, Erlös- und Einkommenseinbußen sowie der Güternachfrageschwäche arbeitslos Gewordenen, kurz Arbeitenden und die rechtarmen und recht armen LeiharbeiterInnen mit all den vielschichtigen widrigen Konsequenzen ihres Schicksals. Dabei ist Unglück sozial ansteckend – materiell wie immateriell. Obendrein wird durch wirtschaftspolitische Unterstützung der realwirtschaftlichen Opfer die Krise auf den Märkten für Produkte und Einkommen unmittelbarer bekämpft als im Finanzsektor (wo es jedoch ebenfalls nötig ist). Diese Politik trägt mittelbar auch zur wirtschaftlichen und sozialen Nachhaltigkeit auf lange Sicht bei (Hysteresis).

3.9 Wer schnell gibt, gibt doppelt

Jede ernst gemeinte Konjunkturpolitik muss im Interesse der stabilisierungspolitischen Effizienz rasch und massiv eingreifen. Jedes Zögern und Schielen auf ein erhofftes Abschiebenkönnen der Stabilisierungsleistung auf den Markt oder andere Staaten, jedes Streben nach einem Niedrighalten der Budgetdefizite selbst in Rezession und Depression (wie in Europa) verteuert letztlich die Krise für die Gesellschaft.⁹¹

In Österreich zeigen die Verhandlungen und Beratungen um das Doppelbudget 2009/2010 – einer prognostizierten Krisenzeit im Hinblick auf Wachstum und vor allem Beschäftigung –, dass Eindämmung der Defizitentwicklung statt der Krisenminimierung offenbar eine Hauptsorge des Finanzministers und neoliberal orientierter Zurufer ist. Über die unmittelbare

Krisenbekämpfung in kurzer Frist (Bankenhilfspaket, Arbeitsmarktmittel, Bauprogramme) hinweg dürfte das Vertrauen der Regierung in eine längerfristig expansive, Wachstum fördernde Budgetpolitik gering bzw. absent sein (und entspricht der *Mainstream*-Dichotomie von Konjunktur und Wachstum). Doch gerade die außerordentlich schwere Krise bietet eine doppelte Chance: erstens die bisher wegen ihrer Größe gescheuten Projekte in „Zukunftsbereichen“ in Angriff zu nehmen und zweitens die davon nicht zu trennende Besteuerungsfrage nicht länger in neoliberaler Manier kategorisch auszuklammern.

Mögliche Ansatzpunkte wären in Österreich eine merklichere – sozial verträgliche – Vermögensbesteuerung, die Wiederverstaatlichung der Gemeinwirtschaft⁹² sowie eine Arbeitslosenunterstützungs- und Pflege-, Bildungs- und Forschungsoffensive.

3.10 Bildung kann vor zu einfachen Antworten schützen

Es ist in Wissenschaft und Politik überzeugend aufzuräumen mit den zwischenzeitlich internalisierten neoliberalen und in ihren Konsequenzen reaktionären Vorstellungen, Arbeitslosigkeit, Prekarität und Armut, Arbeitsverdichtung und Sozialabbau, Vermögens- und Kaufkraftpolarisierung seien unvermeidliche Ergebnisse eherner Gesetze des Marktes („Sachzwänge“). Märkte sind vielmehr von Menschen gemacht,⁹³ Politik ist dazu da, um Wirkungen zu erzielen und Probleme zu überwinden, statt besser nichts zu tun als etwas ökonomisch Ineffizientes oder statt den Interessen der Mächtigen um eines persönlichen Vorteils willen zu dienen. Letzteres gilt auch für die wirtschaftswissenschaftliche Profession. Sie soll strategische Machtinteressen nicht unterstützen, sondern entlarven und so in Galbraiths Sinn „neutral“ sein.

Hierzu ist das Berufsethos der WissenschaftlerInnen ebenso gefordert wie die Bildungspolitik der Regierungen (was im Übrigen beides für eine stärkere Betonung der Mehrheitswahlrechtscharakters in einem Proportionalwahlsystem sprechen mag).

Liberalisierung und Privatisierung sind inzwischen sehr weit gediehen, so weit, dass ihre ProponentInnen mit deren Sendungsbewusstsein an die Tore der öffentlichen Gemeinwirtschaft stoßen und einige Flügel zur Daseinsvorsorge bereits aufgestoßen haben.⁹⁴ Die EU muss eingedenk des Europäischen Sozialmodells den Bereich der Daseinsvorsorge als typisch öffentlichen Bereich verbindlich anerkennen und wirksam gegen den Druck der Lobbys verteidigen.

Thomas Karasek und Markus Marterbauer fordern die konkrete Setzung von Sozialzielen in der und für die EU sowie eine Stärkung des Europäischen Parlaments, der demokratischen Legitimation der EU.⁹⁵ Bildung kann auch vor der Unterschätzung der Bedeutung der EU-Wahl schützen.

Angesichts dessen und der vielen längst gesammelten Erfahrungen wird ein prinzipieller Stopp der Privatisierungs- und Liberalisierungsagenda vorgeschlagen.⁹⁶ Überhaupt hängt die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs jeweils sehr stark von branchen- und länderspezifischen Voraussetzungen ab und erfordert ein sorgsam differenziertes Vorgehen der Regulierungspolitik.⁹⁷ Das gilt auch für einen sinnvollen Protektionismus im Außenhandel (was führende Handelsnationen aus eigener Erfahrung wissen bzw. nicht mehr wissen wollen und was aus Gründen der Bildung kommuniziert gehört).⁹⁸

Solidarität lebt zugleich vom Unterschied und von der Wechselseitigkeit; Solidarität kann als Einbahnstraße nicht überdauern; das gilt es zu wissen. Neoliberale Diskurse bezeichnen solidarische Wirtschaftspolitik als populistisch, reformfeindlich und ewiggestrig. Die Machtposition und Rettungsversuche der neoliberalen Politik dürfen keineswegs unterschätzt werden. Es muss die Zuversicht in der Bevölkerung gestärkt werden, soziale Ziele gegenüber dem bestehenden Dogma der „Marktreligiosität“⁹⁹ fordern und durchsetzen zu können: „*There are many real alternatives*“ (T.A.M.A.R.A.) statt des neoliberalen Diskurses „*there is no alternative*“ (T.I.N.A.).

Freiheit muss faktische inhaltliche Wahlfreiheit, eine Fähigkeit sein, die wirtschafts- und wohlfahrtspolitisch zu erringen ist, nicht die bloß formelle Freiheit, die inhaltliche Freiheit der Mächtigen, die auf sozioökonomischer Ungleichheit beruht und durch simple Liberalisierung entsteht.

„Freiheit ist ein Gut, das stark macht. Aber es darf nicht zum Recht des Stärkeren werden. Denn das ist der Haken an der Freiheit: Sie kann in denjenigen, die durch sie satt und stark geworden sind, den Keim der Selbstüberhebung legen. Und die Vorstellung, Freiheit sei auch ohne Verantwortung zu haben. Freiheit ist kein Vorrecht, die besten Plätze für sich selbst zu reservieren. Wir wollen lernen, Freiheit nicht nur für uns zu nehmen, sondern sie auch anderen zu ermöglichen. Die Glaubwürdigkeit der Freiheit ist messbar: in unserer Fähigkeit, Chancen zu teilen. (...) Wir wollen auch den Wert und die Würde der Arbeit neu entdecken, die Menschen für Menschen leisten.“¹⁰⁰

Jedenfalls bedarf es einer Bildungspolitik, die in politischen und ökonomischen Belangen demokratisch mündige StaatsbürgerInnen zum Ziel hat, mit Entscheidungsfähigkeit und Entscheidungsstärke Wahlentscheidungen zu treffen und sich in demokratischer Souveränität zu üben.¹⁰¹

3.11 Politische Strategien und ungewisse Aussichten

Effektive und effiziente Kooperation auf gesellschaftlicher Ebene ist kein Widerspruch zu Ehrlichkeit in puncto Macht- und Interessendivergenzen. Vielmehr sind Anerkennung der Realität und deren Probleme die Vor-

aussetzung für das Einsehen von Macht- und Interessenausgleich, von sozialem Ausgleich. Dabei dürfen weder Kompromiss um jeden Preis noch Ausgleich in der Mitte zwischen den aktuell bezogenen Positionen die Maximen sein. Ansonsten würde der historisch, d. h. machtbedingt gewachsene Status quo das Ergebnis vorherbestimmen. Beispiele sind die jeweiligen Situationen in Sachen wirtschaftspolitische Kompetenzen, öffentliche Gemeinwirtschaft, Marktregulierung und Verteilung, die – von dreißig Jahren neoliberaler Machtpolitik geprägt – in ein Extrem verzerrt wurden. Dies trifft insbesondere im Zusammenwirken mit der weitverbreiteten Unzufriedenheit über die „Bescheidenheit“ für den „kleinen Mann“ nach so vielen Jahren der „Reformen“ (Liberalisierung und Sozialabbau), der Markt(-macht-)Dominanz und Umverteilung vor allem auf den Märkten zu.¹⁰²

Die „neue Bescheidenheit“, die sich nun ausbreiten dürfte, darf aber nicht die Masseneinkommen, sondern muss die Kapitalrenditen betreffen (eine Richtschnur wäre die Wachstumsrate des realen BIP).¹⁰³ Nun eine neutrale Politik zu fordern, im Sinn von „treffen wir einander in der Mitte“, würde die Ergebnisse der Geschichte festschreiben und gemäßigte Positionen auf Seiten der bisher unterlegenen Interessen und Gruppen benachteiligen. Genau dies würde den Extremismus anfachen und die Kooperation künftig entkräften.

Es bleibt der Kunst des Politischen überlassen, die Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft als Interessenvertretungen und zugleich als gesellschaftlichen Ausgleichs- und Konstruktionsfaktor zu gestalten. Nicht unerheblich dafür wird auch sein, ob die KontrahentInnen des Neoliberalismus dessen neoklassisches gleichgewichts-, stabilitäts- und harmoniebezogenes Denk-, Analyse- und Handlungsschema als tragfähig ansehen (Dritter Weg) oder als unzulänglich ablehnen (Labor Social Democrats). Palley nennt die aktuelle Strategie des *Mainstream* „Kuckuck-Ökonomie“, weil *Mainstream*-ÖkonomInnen – bildlich gesprochen ihr Ei in fremde Nester legen – in Krisenzeiten keynesianische Politik unterstützen (oder zumindest nicht entscheidend obstruieren).¹⁰⁴

Der Lackmustest kommt allerdings erst nach der Krise, wenn es darum geht, was der Regelfall ist: Krisenhaftigkeit und Politikreformbedarf oder Selbststabilisierung und Weitermachen wie in den vergangenen drei Jahrzehnten. Somit geht der alte Streitfall zwischen Keynes und den Neoklassikern weiter, was die wahre „General Theory“ sei: die klassische Gleichgewichtstheorie der Vollauslastung oder die keynesianische Theorie der Unterbeschäftigung?

Anmerkungen

- ¹ Blanchard (2000) 298, eigene Übersetzung.
- ² Minsky (1975), (1992). „In particular, over a protracted period of good times, capitalist economies tend to move from a financial structure dominated by hedge finance units to a structure in which there is large weight to units engaged in speculative and Ponzi finance. Furthermore, if an economy with a sizeable body of speculative financial units is in an inflationary state, and the authorities attempt to exorcise inflation by monetary constraint, then speculative units will become Ponzi units and the net worth of previously Ponzi units will quickly evaporate. Consequently, units with cash flow shortfalls will be forced to try to make position by selling out position. This is likely to lead to a collapse of asset values.“ Minsky (1992) 8.
- ³ „Komischerweise war es nicht wie in einem Vergnügungspark, sondern die Passagiere merkten erst, als es mit der Wirtschaft abwärts ging, dass sie zu einer wilden Fahrt aufgebrochen waren. Und das Management dieses Vergnügungsparks hatte, begünstigt durch diese Vergesslichkeit, nicht darauf geachtet, Grenzen zu setzen, wie hoch die Passagiere steigen dürften. Auch haben sie keine Sicherheitseinrichtungen vorgekehrt, die die Geschwindigkeit oder Höhe des darauf folgenden Abschwungs in Grenzen hielten. (...) Es gibt darauf eine einfache Antwort. Die Öffentlichkeit, die Regierung und die meisten Ökonomen waren von einer Wirtschaftstheorie versichert worden, dass wir in Sicherheit wären. Es war alles OK. Nichts Gefährliches könnte passieren. Aber die Theorie war unzulänglich. Sie hatte die Bedeutung von Ideen für das Verhalten der Wirtschaft missachtet. Sie hatte die Rolle der ‚animal spirits‘ missachtet.“ In: Akerlof/Shiller (2009a) 1, eigene Übersetzung.
- ⁴ Oberösterreichische Nachrichten (27. 5. 2009) 11.
- ⁵ Bartel (2007) 41ff.
- ⁶ Z. B. Carlson/Mitchener (2009) 165ff.
- ⁷ Rothschild (1999) 243ff. versus Keen (2009) 2ff.
- ⁸ Holub (1993) 203.
- ⁹ Ridderstrale/Nordström (2002).
- ¹⁰ „This New Classical view of how the economy behaves was passed from the economists to the think tankers, policy elites, and public intellectuals, and finally to the mass media. It became a political mantra: ‚I am a believer in free markets.‘ The belief that government should not interfere with people in pursuit of their own self-interest has influenced national policies around the globe.“ In: Akerlof/Shiller (2009) 7.
- ¹¹ Akerlof/Shiller (2009a) 2, eigene Übersetzung.
- ¹² Begriff und Inhalt von „animal spirits“ stammen von Keynes (1936).
- ¹³ Für die Wissenschaft vgl. Kuhn (1970), für die Politik Sablowski (2008).
- ¹⁴ Skidelsky (2008), eigene Übersetzung.
- ¹⁵ „Das tiefere soziologische Problem ist, dass die akademische Wirtschaftswissenschaft ein Klub ist, in welchem neue Mitglieder von bestehenden Mitgliedern gewählt werden. Heutzutage wählen Klubmitglieder nur jene, die sich dem laufenden dominanten Paradigma verschreiben, und dieses Verhalten wird durch den Wissenschaftsmythos gerechtfertigt. Dies stellt einen hartnäckigen soziologischen Widerstand gegen alternative Standpunkte und die Möglichkeit fundamentalen Wandels dar.“ Palley (2009) 31, eigene Übersetzung.
- ¹⁶ „Once power is made part of our system, we will not of course escape the political contention that comes from dealing with issues that are real. I do not plead for partisanship in our economics but for neutrality. But let us be clear as to what is neutral. If the state must be emancipated from economic interest, a neutral economics would not deny the need. This is what economics now does. It tells the young and susceptible and the old

and vulnerable that economic life has no content of power and politics because the firm is safely subordinate to the market and to the state and for this reason it is safely at the command of the consumer and citizen. Such an economics is not neutral. It is the influential and invaluable ally of those whose exercise of power depends on an acquiescent public. If the state is the executive committee of the great corporation and the planning system, it is partly because neoclassical economics is the instrument for neutralizing suspicion that this is so." In: Galbraith (1973) 10f.

¹⁷ Frey/Benz (2002) 21f.

¹⁸ Frey (1993) 95ff.

¹⁹ Galbraith (2005). „To (...) deny the political character of the modern corporation is not merely to avoid the reality. It is to disguise the reality. The victims of that disguise are those we instruct in error. The beneficiaries are the institutions whose power we so disguise. Let there be no question: Economics, so long it is thus taught, becomes, however unconsciously, part of an arrangement by which the citizen or student is kept from seeing how he is, or will be, governed." In: Galbraith (1973) 6.

²⁰ Eucken (1950/2001).

²¹ Vanberg (1998) 172ff.

²² Bartel (2000) 91ff.

²³ Nach Polanyi (1944/1997) soll die Marktwirtschaft in soziale Beziehungen – im Sinn von guten, gemeinschaftsorientierten Kooperationsbeziehungen – eingebettet sein. Eine liberale Marktwirtschaft kehre jedoch die Verhältnisse um: Die sozialen Beziehungen werden durch die ökonomischen Beziehungen des Marktwettbewerbs bestimmt. Polanyi nannte diese Umkehrung die „große Transformation“ und sah sie 1944 bereits als unumkehrbar an.

²⁴ Bartel et al. (2006), Honneth (1995).

²⁵ „His (Keynes's) purpose, as he saw it, was not to destroy capitalism but to save it from itself." In: Skidelsky (2008).

Neuerdings wird Keynes in die Nähe des Freiwirtschaftslehrers Silvio Gesell gerückt. Doch es war nur Teilaspekt von Keynes, dass Geldhortung die Wertpapiernachfrage minimiert und insofern Zinssenkungen und unternehmerische Investitionsfinanzierung erschwert. Keynes hat der Liquiditätsfalle (Zinssenkungen wegen Geldhortung statt Wertpapiernachfrage unmöglich) keine hohe Praxisrelevanz zugemessen und in Fällen unwirksamer Geldpolitik auf die vergleichsweise hohe Bedeutung der Fiskalpolitik hingewiesen. Ein Zahlungsmittel soll je nach Transaktionsbedarf verfügbar sein (eine post-keynesianische Position). In keynesianischer Sicht soll der gesamtwirtschaftlich wichtige Druck zu weniger Sparen (mehr Konsumieren) – unabhängig vom Geldangebot – von der Besteuerung Zinsen tragender Papiere (Kapitalertrags- und Vermögensbestandsbesteuerung) und von einer Nivellierung der Verteilung herrühren, was nahe liegender und längst topaktuell ist. Bei Geldbesteuerung (ggf. durch eine Lotterie, welche Banknoten nach einer bestimmten Zeit für ungültig erklärt werden) sehen wir steigende Transaktionskosten und Effizienzeinbußen. In Zeiten der Geldhortung durch die Banken trägt ein real negativer Leitzinssatz das Seinige zur Kreditbelebung bei. Außerdem würden wir unmittelbar ansetzen und für Banken(-hilfe) Kreditgewährungsaufgaben erlassen oder durch staatliches Miteigentum die Strategie mitbestimmen. Es soll doch wohl nicht sein, dass Banken aus Risikogründen in der Rezession ihre Finanzierungsfunktion wesentlich zurückstellen und die Krise multiplizieren (man denke an deren gemeinwirtschaftliche Funktion).

²⁶ Bartel (2000a).

²⁷ Yellen (2009), Stiglitz (2009).

²⁸ Stockhammer (2007) 50.

²⁹ Stockhammer (2007) 49ff., Zuckerstätter (2008), Stockhammer/Ederer (2008) 481ff,

Bunting (2009) 282ff. Bunting stellt empirisch fest, dass – trotz stabil hoher Sparquote bei den hohen Einkommen – die Sparquote bei den mittleren Einkommen kollapsartig zurückgehe und das Entsparen bei den Niedrigeinkommen weiter zunehme.

³⁰ Buti/van der Noord (2009) 68ff.

³¹ Pollin (1995) 26ff.

³² „Ende der 1960er Jahre sanken die Produktivitätszuwächse, die durch die fordistische Arbeitsorganisation erreichbar waren. (...) Die Märkte für standardisierte Konsumgüter in den kapitalistischen Zentren waren zunehmend gesättigt. (...) Das Kapital reagierte auf diese Profitabilitätskrise auf mehrere Arten. Erstens wurde Kapital in Länder der Peripherie verlagert, um die Kosten zu senken. Die Produktion wurde internationalisiert, eine neue internationale Arbeitsteilung entstand. (...) Zweitens kündigte das Kapital den fordistischen Klassenkompromiss in den Zentren auf. Unter dem Druck der Krise und der ansteigenden Massenarbeitslosigkeit wurden die Gewerkschaften geschwächt, Löhne gesenkt, Arbeitsbedingungen verschlechtert und Sozialleistungen abgebaut. Drittens wurde Kapital, das im industriellen Sektor nicht mehr profitabel angelegt werden konnte, auf der Suche nach kurzfristigen Profiten in den Finanzsektor verschoben. Regierungen deregulierten und liberalisierten die Finanzmärkte, um die Möglichkeiten der finanziellen Akkumulation auszuweiten.“ In: Sablowski (2008).

³³ „For Ponzi units, the cash flows from operations are not sufficient to fulfill either the repayment of principle or the interest due on outstanding debts by their cash flows from operations. Such units can sell assets or borrow. Borrowing to pay interest or selling assets to pay interest (and even dividends) on common stock lowers the equity of a unit, even as it increases liabilities and the prior commitment of future incomes. A unit that Ponzi finances lowers the margin of safety that it offers the holders of its debts.“ In: Minsky (1992) 7.

³⁴ Schulmeister (2007) 74ff.

³⁵ Akerlof/Shiller (2009a), Ackerman (2008) 279ff., Galbraith (2005), Bernhardt/Davies (2009) 719ff., Massa/Patgiri (2009) 1777ff. Zur Illustration: „Verdiente der weltbestbezahlte Manager im Jahr 2005 noch 1,5 Milliarden US-Dollar und im Jahr 2006 zwei Milliarden US-Dollar, so sprang diese Marke im Jahr 2007 schon auf 3,7 Milliarden US-Dollar. Das sind bei einer 40-Stunden-Woche und 2 Wochen Urlaub pro Jahr ein Stundenlohn von 1,85 Millionen US-Dollar oder ein Minutenlohn von 30.000 US-Dollar oder ein Sekundenlohn von 500 US-Dollar.“ In: Attac-Info 14-16 (2008).

³⁶ Sufi (2009) 1659ff.

³⁷ Akerlof/Shiller (2009) 5ff., Baker (2008) 73ff.

³⁸ Crotty/Epstein (2008), Stiglitz (2009), Pollin (1997) 90.

³⁹ Yellen (2009), Baker (2008) 73ff., Crotty/Epstein (2008), Shin (2009) 209ff.

⁴⁰ Minsky (1992), Sen (2009) 1ff., Crotty (2008), Diebold/Yilmaz (2009) 158ff.

⁴¹ Dickinson (2008) 2, Griffith-Jones (2008), Crotty/Epstein (2008), Schulmeister (2006).

⁴² Sablowski (2008).

⁴³ Crotty/Epstein (2008), Stiglitz (2009), Pollin (1995) 26ff., Schulmeister (2007) 74ff.

⁴⁴ Bruno (2009) 251ff.

⁴⁵ Crotty/Epstein (2008).

⁴⁶ Stiglitz (2009), Landesmann/Stöllinger (2009) i, Corden (2009) 385ff.

⁴⁷ Karasek/Marterbauer (2009) 4.

⁴⁸ Pollin (1997), Stiglitz (2009), Gabriel et al. (2009), Yellen (2009).

⁴⁹ Shiller (2009).

⁵⁰ Minsky (1992), Hein (2004) 43ff., Pollin (2004) 33f.

⁵¹ Sablowski leitet aus den sozialen Verschlechterungen „die Frage ab, inwieweit privatisierte Dienstleistungen im Bildungswesen, im Gesundheitswesen und in anderen Be-

reichen Anlagesphären für die erweiterte Reproduktion des Kapitals werden können. Die Arbeitsproduktivität in vielen dieser Bereiche zu steigern, dürfte schwierig sein. Deshalb müssten Profite aus diesen Bereichen vor allem durch Druck auf die Löhne, durch längere Arbeitszeiten und durch eine schlechtere Qualität der Dienstleistungen herausgepresst werden.“ In: Sablowski (2008).

⁵² Friedman/Thomas (2009).

⁵³ Schulmeister (2007) 74.

⁵⁴ Karasek/Marterbauer (2009) 18, vgl. auch Browne (2002) 787ff., Rodrik (2002).

⁵⁵ Bartel (2007a 199ff).

⁵⁶ Rothschild (2009) 213ff.

⁵⁷ Hailu (2009).

⁵⁸ Speth (2004).

⁵⁹ Vgl. bereits Erhard (1957).

⁶⁰ „Die große Chance der Krise besteht darin, dass jetzt alle erkennen können: Keiner kann mehr dauerhaft Vorteil nur für sich schaffen. Die Menschheit sitzt in einem Boot. Und die in einem Boot sitzen, sollen sich helfen. Eigennutz im 21. Jahrhundert heißt: sich umeinander kümmern.“ Köhler (2009) 2.

⁶¹ Keynes (1936/1973) 158f., Minsky z. B. (1992), Sewell (2007/2008), Palley (2009a), Pollin (1997), Ackerman (2008) 279ff., Dilnot (2009) 42ff., Shiller (2009), Bartel (2007a) 199ff., Krupka/Weber (2009) 307ff., Cipriani et al. (2009) 455ff., Lewis et al. (2009) 431ff., Mayo/Tinsley (2009) 490ff., Pfeffer/Sanford (2009) 500ff., Skidelsky (2008), Kahnemann (2004) 18ff.

⁶² „In a situation with unlimited worst-case risks but limited information about their likelihood, Weitzman proves that the expected value of reducing the worst-case risks is, technically speaking, infinite. In other words, nothing else matters except risk reduction, focused on the credible worst case.“ In: Ackerman (2008) 287.

⁶³ Dilnot (2009) 42ff. Zwischen dem Finanzmarkt und der Realwirtschaft besteht ein grundlegender Zusammenhang. Längerfristig ergibt sich zusätzliches Finanzvermögen (im „Raumschiff Erde“) allein durch produzierten Mehrwert, nämlich als Einkommen, das nur durch Produktion entstehen kann und dann gespart (d. h. nicht konsumiert) wird. Diese Ersparnis gleicht der Investition (d. h. Sachvermögenserhöhung, weil im Finanzbereich die zusätzlichen Forderungen in einem geschlossenen System den zusätzlichen Verbindlichkeiten gleich sein müssen). Schulmeister (2008) nennt diesen Umstand „ANWN-Gesetz“: „aus nix wird nix“, „Geld allein arbeitet nicht“.

⁶⁴ Attac-Info 15-16 (2009), 21. 4.

⁶⁵ Krugman, Paul, im Interview, in: Süddeutsche Zeitung (2009) 14. 4., www.sueddeutsche.de/finanzen/350/464944/text.

⁶⁶ Phalippou/Gottschalg (2009) 1747ff., Massa und Patgiri (2009) 1777ff.

⁶⁷ Crotty/Epstein (2008), Köhler (2009) 7.

⁶⁸ Obama (2009).

⁶⁹ Barazon (2007) 2ff., Crotty/Epstein (2008).

⁷⁰ Shiller (2009).

⁷¹ Christensen, John, Interview in: derStandard.at (2009) 16. 4.

⁷² Ackerman (2008) 279ff.

⁷³ Pollin (1995) 26ff., D'Arista (2009).

⁷⁴ Gabriel et al. (2009), Yellen (2009).

⁷⁵ „At 'just' 25 to 1 leverage, a 4 percent fall in the price of assets wipes out a bank's net worth – and we have seen far more precipitous falls in asset prices. Putting another \$20 billion in a bank with \$2 trillion of assets will be wiped out with just a 1 percent fall in asset prices.“ In: Stiglitz (2009) www.truthout.org/020409M?print.

⁷⁶ Stiglitz (2009).

⁷⁷ Ebd.

⁷⁸ Moore (1979) 120ff., Bartel (2008a) 14ff.

⁷⁹ Onaran (2009), Bartel (2008b) 143ff.

„Die Rettungsaktionen werden alle Budgetdefizite des Staates – des amerikanischen und aller europäischen – von sich aus über den Haufen werfen. Und dazu kommen noch die automatischen Effekte des Konjunkturrückschlags. Vergesst Maastricht!“ In: Kramer (2008) II.

„Den Pakt für Stabilität und Wachstum temporär aussetzen.“ In: Karasek/Marterbauer (2009) 5.

⁸⁰ Kramer (2008) II.

⁸¹ Mathieu/Sterdyniak (2003) 43ff.

⁸² Walther (2007) 133ff.

⁸³ Goldberg (2007) 13ff.

⁸⁴ Pollin (1997) 75ff.

⁸⁵ Lacina (2009).

⁸⁶ „Steueroasen sind ein Problem, weil sie nicht transparent sind und damit modernen, offenen und gerechteren Finanzsystemen zuwiderlaufen. Schließlich werden Steueroasen als Drehscheibe für Hedgefonds benutzt. Die verbrieften Schuldverschreibungen, die die Finanzkrise ausgelöst haben, wurden über Steuer-Häfen wie die Cayman Islands oder die Kanalinseln abgewickelt. Österreich scheint eher beim internationalen Konkurrenzieren um die Gelder der Reichen mitzuspielen, hat sich einen Namen im „Wealth Management“ gemacht und beim steuerschonenden Vermögensaufbau. Ganz wichtig dabei ist das Stiftungsrecht, das entsprechende Möglichkeiten eröffnet. (...) Die größten Nutznießer von Steueroasen, von den intransparenten Finanzstrukturen, sind die multinational agierenden Konzerne. Mehr als 60 Prozent des weltweiten Handels gehen auf das Konto dieser Unternehmen. Für die sind die Steueroasen ein Geschenk des Himmels. Da werden ganz legal Gewinne dorthin verschoben, wo es opportun ist oder wo man die geringsten Steuern zahlt. Die Konzerne sollen dort versteuern, wo sie tätig sind! Das geht aber nur, wenn vom globalen Bilanzlegen Abschied genommen wird und stattdessen ein ‚Country by Country-Reporting‘ eingeführt wird.“ In: derStandard.at, John Christensen, Tax Justice Network, im Interview (2009) 16. 4.

⁸⁷ Rawls z. B. (1995) 36ff.

⁸⁸ Weizsäcker (1982) 325ff., Galbraith (2005).

⁸⁹ Karasek/Marterbauer (2009).

„Die Bezieher von Leistungen österreichischer Pensionskassen hätten europaweit die höchsten Verluste zu tragen. Das sagte der leitende ÖGB-Sekretär Bernhard Achitz anlässlich der Präsentation einer Untersuchung. Studienautor Gerald Klec (...) hält fest: ‚Kapitalmarktschwankungen wirken sich in den Vergleichsländern in aller Regel wesentlich weniger kräftig auf die Pensionshöhen aus, als das in Österreich der Falle ist.‘ Bei diesem Vergleich der Pensionskassensysteme von sieben EU-Staaten habe sich gezeigt, dass die Sicherungsmechanismen in Österreich am schlechtesten seien. ‚Österreich ist das einzige Land, wo alle Verluste‘ bei den Betriebspensionen ‚voll auf die Arbeitnehmer, auf die Anwartschaftsberechtigten, durchschlagen‘, kritisierte Achitz (...). Die Arbeitgeber hätten sich ihres Risikos entledigt, die Schutzvorschriften seien aufgeweicht worden, sagte Achitz. Die Pensionskassen könnten Gewinne schreiben, obwohl die Anwartschaften der Leistungsbezieher massiv gekürzt wurden. Die ursprünglich im Pensionskassengesetz verankerte Mindestvertragsgarantie wäre 2003 erstmals schlagend geworden, sei dann aber abgeschafft bzw. massiv abgeschwächt worden, kritisierte Achitz. ‚Wir verlangen eine gesetzliche Änderung in Richtung Mindestgarantie und mehr Transparenz bei der Veranlagung.‘ Die Pensionskassen sollten überdies am Risiko beteiligt werden, Menschen sollten leichter aus dem

System herauskommen können.“ In: derStandard.at (2009) 16. 4.

⁹⁰ Crotty/Epstein (2009).

⁹¹ Skidelsky (2008), Yellen (2009).

⁹² In speziellem Maß gelten solche Überlegungen für die Daseinsvorsorge, die das physische Überleben in menschenwürdiger Form – im Kontext der jeweiligen Kultur und des von ihr nahe gelegten kulturellen Existenzminimums – sichern soll.

„Wir drängen darauf, vor allem die kommunale Daseinsvorsorge vom Wettbewerbsrecht auszunehmen. Das Bildungswesen, die medizinische Versorgung oder die Sicherheit können nicht dem privaten Wettbewerb überlassen werden, ohne massive soziale Kosten mit sich zu bringen.“ Karasek/Marterbauer (2009) 12.

⁹³ „If we agree that the coordination of human actions is problematical and not the result of laws of nature or constraints, we can understand that human rationality is above all interpretative and not only or immediately calculative.“ In: Eymard-Duvernay et al. (2005) 21.

⁹⁴ Bartel et al. (2006), (2008) 215ff.

„Allerdings bestehen große Interessensunterschiede. Die Europäische Kommission treibt die Liberalisierung konsequent voran, der Europäische Gerichtshof räumt der Verschärfung des Wettbewerbs Vorrang gegenüber sozialen oder ökologischen Überlegungen ein. Die Bürgerinnen und Bürger Europas hingegen sind vor allem an qualitativ hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen interessiert. In der Konzeption einer fortschrittlichen Wirtschaftspolitik bilden hochqualitative soziale Dienstleistungen eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Beschäftigungs-, Innovations- und Verteilungspolitik. (...) Eine verstärkte Wettbewerbspolitik ist ein Instrument, um auch bei der Erbringung von Dienstleistungen höhere Effizienz und Kundenorientierung zu erreichen. Sie kann somit die Qualität der Leistungen verbessern. Doch die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass die Liberalisierung auch zahlreiche Gefahren mit sich bringen kann.“ In: Karasek/Marterbauer (2009) 10.

⁹⁵ Kepplinger (2008) 203ff., Karasek/Marterbauer (2009).

⁹⁶ „Europas Wirtschaft hat sich in der Globalisierung erfolgreich geschlagen. Das wirtschaftliche Problem besteht in vielen EU-Ländern weniger in mangelnder preislicher Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten als in einem Mangel an Innovation und schwacher Binnennachfrage. Gerade diese Aufgaben kann der unregulierte Binnenmarkt ganz offensichtlich nicht ausreichend erfüllen.“ In: Karasek/Marterbauer (2009) 6.

⁹⁷ Dies gilt auch für die Finanzmärkte: Claessens (2009) 83ff.

⁹⁸ Rothschild (1997) 119ff.

⁹⁹ Karasek/Marterbauer (2009) 7.

¹⁰⁰ Köhler (2009) 5, 11.

¹⁰¹ Kepplinger (2008) 203ff.

¹⁰² Palley (2009a), 24ff.

¹⁰³ „Wir brauchen künftig Regierungen, die Österreichs Zukunft nicht zerstreiten, sondern entscheiden.“ Veit Sorger, zit. in: iv-positionen (2008) 13.

¹⁰⁴ Palley (2009a), 24ff.

Literatur

- Ackerman, Frank (2008), The Economics of Collapsing Markets, in: *real-world economics review* 48 (2008) 279-290.
- Akerlof, George A.; Shiller, Robert J., Animal Spirits, in: *Social Europe Journal* 4/2 (2009) 5-8.
- Akerlof, George A.; Shiller, Robert J., Animal Spirits. How Human Psychology Drives the Economy, and Why It Matters for Global Capitalism (Princeton 2009a).
- Baker, Dean, The housing bubble and the financial crisis, in: *real-world economics review* 46 (2008) 73-81.
- Barazon, Ronald, Basel II – ein Weg in die Irre, in: *Der Volkswirt*, April 159/4 (2007) 2-5.
- Bartel, Rainer, Volkswirtschaft und Staat als Firmen? In: *Kurswechsel* 16/2 (2000) 91-99.
- Bartel, Rainer, Diametric Images of the Economy – Cause and Consequences, Arbeitspapier (Universität Linz 2000a).
- Bartel, Rainer, Liberalisierung als Machttransfer: politische Instrumentalisierung der Märkte und das Wohl oder Weh der KonsumentInnen, in: Kollmann, Karl; Schmutzer, Manfred E.A. (Hrsg.), *Mächte des Marktes. Der ohnmächtige Verbraucher?* (Wien 2007) 43-63.
- Bartel, Rainer, Der öffentliche Sektor in der Defensive, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 33/2 (2007a) 199-230.
- Bartel, Rainer, Inflation und ihre Bekämpfung, in: *Zukunft o. Jg./11* (2008a) 14-19.
- Bartel, Rainer, Öffentliche Finanzen – wieder einmal anders betrachtet, in: *WISO* 31/2 (2008b) 143-182.
- Bartel, Rainer; Kepplinger, Hermann; Pointner, Johannes, Besser als Neoliberalismus: Solidarische Wirtschaftspolitik (Wien 2006).
- Bartel, Rainer; Kepplinger, Hermann; Pointner, Johannes, (Teil-)Privatisierung öffentlicher Gemeinwirtschaft im Strombereich und das Beispiel der Energie AG Oberösterreich, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 34/2 (2008) 215-253.
- Bernhardt, Dan; Davies, Ryan J., Smart fund managers? Stupid money? In: *Canadian Journal of Economics* 42/2 (2009) 719-748.
- Blanchard, Olivier, *Macroeconomics* (Upper Saddle River, NJ 2000).
- Browne, M. Neil (2002), If Markets Are So Wonderful, Why Can't I Find Friends at the Store? In: *The American Journal of Economics and Sociology* 61/4 (2002) 787-800.
- Bruno, Olivier (2009), Credit Availability and Capital Crunch: On the Role of the Heterogeneity of the Banking System, in: *Journal of Public Economic Theory* 11/2 (2009) 251-279.
- Bunting, David, The saving decline: Macro-facts, micro-behavior, in: *Journal of Economic Behavior & Organization* 70/1-2 (2009) 282-295.
- Buti, Marco; van der Noord, Paul, The Euro: Past Successes and New Challenges, in: *National Institute Economic Review*, 208/1 (2009) 68-85.
- Carlson, Mark; Mitchener, Kris James, Branch Banking as a Device for Discipline: Competition and Bank Survivorship during the Great Depression, in: *Journal of Political Economy* 117/2 (2009) 165-210.
- Cipriani, Giam Pietro; Lubian, Diego; Zago, Angelo, Natural born economists? In: *Journal of Economic Psychology* 30/3 (2009) 455-468.
- Claessens, Stijn, Competition in the Financial Sector: Overview of Competition Policies, in: *The World Bank Research Observer* 24/1 (2009) 83-118.
- Corden, W. Max, The World Credit Crisis: Understanding It, and What to Do, in: *The World Economy* 32/3 (2009) 385-400.
- Crotty, James, Structural Causes of the Global Financial Crisis: A Critical Assessment

- of the "New Financial Architecture" (= PERI – Political Economy Research Institute Working Paper Series 180, Amherst, MA 2008).
- Crotty, James; Epstein, Gerald, Proposals for Effectively Regulating the U.S. Financial System to Avoid Yet Another Meltdown (= PERI – Political Economy Research Institute Working Paper Series 181, Amherst, MA 2008).
- D'Arista, Jane, Setting an Agenda for Monetary Reform, (= PERI – Political Economy Research Institute Working Paper Series 190, Amherst 2009).
- Dickinson, Eric, Credit Default Swaps: So Dear To Us, So Dangerous (= Fordham Law-school Electronic Papers (New York 2008).
- Diebold, Francis X.; Yilmaz, Kamil, Measuring Financial Asset Return and Volatility Spillovers, with Application to Global Equity Markets, in: *The Economic Journal* 119/1, 158-171.
- Dilnot, Clive, The triumph – and costs – of greed (part I), in: *real-world economics review* 49 (2009) 42-61.
- Erhard, Ludwig, *Wohlstand für alle* (Düsseldorf 1957).
- Eucken, Walter, *Wirtschaftsmacht und Wirtschaftsordnung* (Münster – Hamburg – London 1950/2001).
- Eymard-Duvernay, François; Favereau, Olivier; Orléan, André; Salais, Robert; Thévenot, Laurent, Pluralist Integration in the Economic and Social Sciences: The Economy of Conventions, in: *post-autistic economics review* 6/34 (2005) 21-39.
- Frey, Bruno S., From economic imperialism to social science inspiration, in: *Public Choice* 77/1 (1993) 95-105.
- Frey, Bruno S.; Benz, Matthias, From Imperialism to Inspiration: A Survey of Economics and Psychology (=Institute for Empirical Research in Economics Working Paper 118, University of Zurich 2002).
- Friedman, Jed; Thomas, Duncan, Psychological Health Before, During, and After an Economic Crisis, in: *The World Bank Economic Review* 23/1 (2009) 57-76.
- Gabriel, Stuart A.; Quigley, John M.; Rosenthal, Larry A., The Mortgage Meltdown, the Economy, and Public Policy, in: *The B.E. Journal of Economic Analysis & Policy* 9/3 (2009) article 1.
- Galbraith, John K., Power and the Useful Economist, in: *The American Economic Review* 63/1 (1973) 1-11.
- Galbraith, John K., *Die Ökonomie des unschuldigen Betrugs: Vom Realitätsverlust der heutigen Wirtschaft* (Berlin 2005).
- Goldberg, Karl, *Vermögensbesteuerung. Ein internationaler Vergleich*, (= Studie der Österreichischen Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung, Wien 2007).
- Griffith-Jones, Stephany, Proposals for Regulatory Reform, (= IPD Policy Brief, New York 2008).
- Hailu, Degol, Is the Washington Consensus Dead? (= International Policy Centre for Inclusive Growth One Pager 82, Brasilia 2009).
- Hein, Eckhard, Die NAIRU – eine postkeynesianische Interpretation, in: *Intervention. Zeitschrift für Ökonomie* 1/1 (2004) 43-66.
- Holub, Hans-Werner, Die Literaturflut in den Wirtschaftswissenschaften und ihre Folgen. Einige Überlegungen zu den abnehmenden Skalenerträgen der Lektüre wissenschaftlicher Artikel, in: *Wirtschaftswissenschaftliches Studium* 22 (1993) 203-207.
- Honneth, Axel (Hrsg.), *Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften* (Frankfurt a. M. – New York 1995).
- Kahneman, Daniel; Schrage, Michael, Daniel Kahneman: Interview mit dem Thought Leader, in: *best of Das Fondsmagazin der Sparkasse OÖ 2004* (2004) 18-22.
- Karasek, Thomas; Marterbauer, Markus, SPÖ NEW. Sozialdemokratische Überlegungen für eine NEUE EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK (Graz 2009).

- Keen, Steve, Mad, bad, and too dangerous to know, in: *real-world economics review* 49 (2009) 2-7.
- Kepplinger, Hermann, Limits to Good Economic Policymaking, in: *Social Europe* 3/4 (2008) 203-210, www.social-europe.eu/fileadmin/user_upload/journals/Vol3-Issue4/SocialEurope-12.pdf
- Keynes, John M., *The General Theory of Employment, Interest and Money* (London 1936, New York 1973).
- Köhler, Klaus, Die Glaubwürdigkeit der Freiheit. Berliner Rede (2009) http://files.global-marshallplan.org/pr/koe_903.pdf
- Krupka, Erin; Weber, Roberto A., The focusing and informational effects of norms on pro-social behavior, in: *Journal of Economic Psychology* 30/3 (2009) 307-320.
- Lewis, Alan; Carrera, Sonia; Cullis, John; Jones, Philip, Individual, cognitive and cultural differences in tax compliance: UK and Italy compared, in: *Journal of Economic Psychology* 30/3 (2009) 431-445.
- Kuhn, Thomas S., *The Structure of Scientific Revolutions* (Chicago – London 1970).
- Lacina, Ferdinand, Augen zu und durch? Vortrag im Rahmen der Frauenakademie der SP Oberösterreich (Linz 2009), 15. 5.
- Landesmann, Michael; Stöllinger, Roman, *Entwicklungen der Weltwirtschaft im Kontext der Finanzmarktkrise* (= wiw Forschungsarbeiten, Wien 2009).
- Mankiw, N. Gregory, The reincarnation of Keynesian economics, in: *European Economic Review* 36/2-3 (1992) 559-565.
- Massa, Massimo; Patgiri, Rajdeep, Incentives and Mutual Fund Performance: Higher Performance or Just Higher Risk Taking? In: *Review of Financial Studies* 22/5 (2009) 1777-1815
- Mathieu, Cathérine; Sterdyniak, Henri, *Reforming the Stability and Growth Pact: Breaking the Ice* (= OFCE – Observatoire français des conjonctures économiques Working Paper 02 (Paris 2003).
- Mayo, John W.; Tinsley, Catherine H., Warm glow and charitable giving: Why the wealth do not give more to charity, in: *Journal of Economic Psychology* 30/3 (2009) 490-499.
- Minsky, Hyman P., *John Maynard Keynes* (New York 1975).
- Minsky Hyman P., *The Financial Instability Hypothesis*, (= The Jerome Levy Economics Institute Working Paper 74, Annandale-on-Hudson, NY 1992).
- Moore, Basil J., Monetary Factors, in: Eichner, Alfred S. (Hrsg.), *A Guide to Post-Keynesian Economics* (White Plains, NY 1979) 120-138.
- Obama, Barack, Wir sind bereit, die Führungsrolle zu übernehmen, in: *derStandard.at* (2009) 31. 3.
- Onaran, Özlem, From the Crises of Distribution to the Distribution of the Costs of the Crisis: What Can We Learn from Previous Crises about the Effects of the Financial Crisis on Labor Share (= PERI – Political Economy Research Institute Working Paper Series 195, Amherst 2009).
- Palley, Thomas I., After the bust: The outlook for macroeconomics and Macroeconomic policy, in: *real-world economics review* 49 (2009) 22-35.
- Palley, Thomas I., *Rethinking the Economics of Capital Mobility and Capital Controls* (= PERI – Political Economy Research Institute Working Paper Series 193, Amherst 2009a).
- Pfeffer, Jeffrey; Sanford, E. DeVoe, Economic evaluation: The effect of money and economics on volunteering, in: *Journal of Economic Psychology* 30/3 (2009) 500-508.
- Phalippou, Ludovic/Gottschalg, Oliver (2009), The Performance of Private Equity Funds, In: *Review of Financial Studies* (22), #4, pp. 1747-1776

- Polanyi, Karl, *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen* (Boston 1944, Frankfurt a. M. 1997).
- Pollin, Robert, *Financial Structures and Egalitarian Economic Policy*, in: *New Left Review*, 214/1 (1995) 26-61.
- Pollin, Robert, *The Relevance of Hyman Minsky*, in: *Challenge* 40/2 (1997) 75-94.
- Pollin, Robert, *Deepening Divides in the U.S. Economy, 2004: Jobless Recovery and the Return of Fiscal Deficits*, in: *New School Economic Review* 1/1 (2004), 33-46.
- Rawls, John, *Gerechtigkeit als Fairneß: politisch nicht metaphysisch*, in: Honneth, Axel (Hrsg.), *Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften* (Frankfurt a. M. – New York 1995) 36-67.
- Ridderstrale, Jonas; Nordström, Kjell A., *Funky Business. Wie kluge Köpfe Kapital zum Tanzen bringen* (München 2002).
- Rodrik, Dani, *After Neo-liberalism, What?* (= Harvard University non-technical paper, Cambridge, MA 2002).
- Rothschild, Kurt W.: *Gegen das Dogma der Freihandelsideologie*, in: *Arbeitsgemeinschaft für wissenschaftliche Wirtschaftspolitik* (Hrsg.), *Wirtschaftspolitische Alternativen zur globalen Hegemonie des Neoliberalismus* (Wien 1997) 119-132.
- Rothschild, Kurt W., *European Integration and Economic Methodology and Research: Questions and Speculations*, in: *Atlantic Economic Journal* 27/3 (1999) 243-253.
- Rothschild, Kurt W., *Neoliberalism, EU and the Evaluation of Policies*, in: *Review of Political Economy* 21/2 (2009) 213-225.
- Sablowski, Thomas, *Kapital, Kredit, Krise. Zur Kritik der finanzdominierten Akkumulation und Regulation*, in: *analyse & kritik – Zeitung für linke Debatte und Praxis* 533 (2008) www.linksnet.de/de/artikel/23911.
- Schulmeister, Stephan, *Kleines Organon des Finanzkapitalismus*, in: *Der Standard* (2006) http://stephan.schulmeister.wifo.ac.at/fileadmin/homepage_schulmeister/files/BAWAGstandard_0506.pdf
- Schulmeister, Stephan, *Das Finanzkapital und seine Luftschlösser – eingestürzt und „ausgebubbelt“*, in: *Der Standard* (2008) 23. 11.
- Sen, Amartya, *Capitalism Beyond the Crisis*, in: *The New York Review of Books* 56/5 (2009) 1-9.
- Shiller, Robert J., *Policies to Deal with the Implosion in the Mortgage Market*, in: *The B.E. Journal of Economic Analysis & Policy* 9/3 (2009) article 4, www.bepress.com/bejeap/vol9/iss3/art4/
- Shin, Hyun Song, *Securitisation and Financial Stability*, in: *The Economic Journal* 119/3 (2009) 309-332.
- Skidelsky, Robert, *The Remedist*, in: *The New York Times* (2008) 14. 12., www.nytimes.com/2008/12/14/magazine/14wwln-lede-t.html?partner=permalink&exprod=permalink
- Speth Rudolf, *Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (= Studien der Hans Böckler Stiftung, Düsseldorf 2004).*
- Stiglitz, Joseph E., *How to Rescue the Bank Bailout*, in: *truthout* (2009) 26. 1., www.truthout.org/020409M?print
- Stockhammer, Engelbert, *Drei neoliberale Mythen zu Löhnen und Profiten*, in: *WISO* 30/1 (2007) 49-72.
- Stockhammer, Engelbert; Ederer, Stefan, *Demand effects of the falling wage share in Austria*, in: *Empirica* 35/5 (2008) 481-502.
- Sufi, Amir, *The Real Effects of Debt Certification: Evidence from the Introduction of Bank Loan Ratings*, in: *Review of Financial Studies* 22/4 (2009) 1659-1691.
- Vanberg, Viktor J., *Freiburg school of law and economics*, in: Newman, Peter (Hrsg.), *The New Palgrave Dictionary of Economics and the Law*, Bd. 2 (London 1998) 172-179.

- Walther, Herbert, Wirtschaftspolitische Spielräume und Globalisierung: Das Beispiel des Steuerwettbewerbs, in: WISO 30/1 (2007) 133-158.
- Weizsäcker, Carl C. von, Staatliche Regulierung – positive und normative Theorie, in: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik 118/3 (1982) 325-343.
- Yellen, Janet, The Mortgage Meltdown, Financial Markets, and the Economy, in: The B.E. Journal of Economic Analysis & Policy 9/3, Artikel 3.
- Zuckerstätter, Josef, Arbeit oder Kapital. Ist die funktionale Einkommensverteilung überhaupt von Bedeutung? Arbeitspapier (Wien 2008).

Zusammenfassung

Nach *Mainstream*-Ansicht war die gegenwärtige Krise nicht zu erwarten, es dürfte sie eigentlich gar nicht geben, sie werde bald wieder vorüber sein, ist eine Krise wegen einiger verwerflicher ManagerInnen und wird sich bei verschärften Kontrollen einfach vermeiden lassen: Grund genug, sich in der jetzigen, schicksalhaften Situation näher, offener und ernsthafter mit der Thematik (Weltwirtschafts-)Krise auseinanderzusetzen. Als Faktoren der Krise erscheinen Wohlstandspolarisierung und mangelnde Funktionsfähigkeit des Finanzmarktes. Dreißig Jahre Lohnquotenrückgang und Finanzmarktwucherung haben sich „angesammelt“. Auf dem Finanzmarkt schröpfen Pyramidenspiele die Arglosen. Zur Überwindung dieser Krise und Vermeidung weiterer solcher Krisen muss der Finanzmarkt „schrumpfen“ (Attac) und „dringend wieder langweilig werden“ (Krugman), damit er primär wieder seine Finanzierungsfunktion wahrnimmt – weit vor der Glücksspiel- und Vermögensmaximierungsfunktion mit ihren externen Kosten. Effektive Steuerungsmöglichkeiten braucht die Regierung für eine Geldpolitik für mehr Wachstum und Beschäftigung. Die „neue Bescheidenheit“ darf weder für solche Entwicklungsprojekte noch für die Lohn- und Sozialentwicklung gelten, sondern muss auf die (Finanz-) Kapitalrenditen zutreffen. Wir brauchen kein anderes System, sondern andere Politiken.

WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT

35. Jahrgang (2009), Heft 2

Inhalt

Editorial	
Vom Krisenbudget zur Budgetkrise?	135
Rainer Bartel	
Weltwirtschaftskrise und Politikwechsel	145
René Böheim, Florian Wakolbinger	
Mehr Lohn bei betrieblicher Weiterbildung? Eine empirische Analyse österreichischer Unternehmen	187
Irene Mandl, Karin Gavac, Kerstin Hölzl	
Ein-Personen-Unternehmen in Österreich	215
Christoph Hermann	
Die Liberalisierung des österreichischen Postmarktes, neue Unternehmensstrategien und die Folgen für Beschäftigung und Arbeitsbedingungen	237
Berichte und Dokumente	
Michael Mesch	
Gewerkschaften und Lohnverhandlungen in der Tschechischen Republik ...	257
Kommentar	
Franz Nauschnigg	
Preiseffekte der Agrartreibstoffproduktion	265
Bücher	
Stefan Ederer, Einkommensverteilung und gesamtwirtschaftliche Nach- frage in Österreich und den Niederlanden (Markus Marterbauer)	283
Max Laimböck, Die Zukunft des österreichischen Gesundheitssystems (Oskar Meggeneder)	286
Max Haller, Die österreichische Gesellschaft. Sozialstruktur und sozialer Wandel (Michael Mesch)	292

Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Fünfter Band. Bundesrepublik und DDR 1949-1990 (Martin Mailberg)	296
Andrea Wagner, Die Entwicklung des Lebensstandards in Deutschland zwischen 1920 und 1960 (Andreas Weigl)	302
Richard Sennett, HandWerk (Alexander Schneider)	305
Stefan Karner u. a. (Hrsg.), Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968 (Klaus-Dieter Mulley)	309
Wolfgang Neugebauer, Der österreichische Widerstand 1938-45 (Klaus-Dieter Mulley)	312
Robert Schediwy, Ein Jahrhundert der Illusionen (Georg Kovarik)	314

Unsere AutorInnen:

Rainer Bartel ist a. o. Universitätsprofessor für Volkswirtschaftslehre an der Johannes-Kepler-Universität Linz und derzeit wissenschaftlicher Referent beim Amt der Oberösterreichischen Landesregierung.

René Böheim ist Universitätsassistent am Institut für Volkswirtschaftslehre der Johannes-Kepler-Universität Linz.

Karin Gavac ist Mitarbeiterin von KMU Forschung Austria in Wien.

Christoph Hermann ist Mitarbeiter der Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA) in Wien.

Kerstin Hölzl ist Mitarbeiterin von KMU Forschung Austria in Wien.

Irene Mandl ist Mitarbeiterin von KMU Forschung Austria in Wien.

Michael Mesch ist Mitarbeiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien.

Franz Nauschnigg ist Leiter der Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen der Oesterreichischen Nationalbank in Wien.

Florian Wakolbinger ist selbstständiger Volkswirt und Partner bei 3E in Innsbruck.